

INHALT

Seite		Rubrik
3	Editorial	
5	Was macht eigentlich das LGBTI-Referat?	Anstalt
6	SEMINAR DREI	
7	Don't say the dirty word	Aufsatz
9	Hegel und die Gespenster der Freiheit	
11	Das Märchen vom Sozialschmarotzer	
15	Wi(e)der ,wilde' Streiks	
19	Der Zyklus der Abwertung	
23	Arbeit als koloniales Verhältnis	Abspann
27	Mit Adorno zu transinklusivem Feminismus	•
29	Story of my Life	
31	Wahrheit & Nachrichten	ПРАВДА И ИЗВЕСТИЯ
	Impressum · Weiterlesen · Mitarbeit	

EDITORIAL

DIE REDAKTION

Die HUch — Zeitung der studentischen Selbstverwaltung ist die kritische Studierendenzeitschrift der Humboldt-Universität zu Berlin. Sie richtet ein besonderes Augenmerk auf die allgegenwärtigen Konflikte in unserer Gesellschaft und fragt nach der Rolle der Universität im sozialen Gefüge. Dabei geht eine Gesellschaftskritik, die auf ein besseres Leben zielt, Hand in Hand mit einer Kritik der Universität, die unser Bedürfnis nach umfassender Bildung zum Ausdruck bringt.

In dieser Ausgabe liegt der thematische Fokus auf dem weiten, in der Linken gewissermaßen traditionellen, aber immer aktuell gebliebenen Komplex 'Arbeit'. Aus verschiedenen Perspektiven wird auf das Thema Arbeit geblickt, wird die Rolle von Arbeit im Kapitalismus analysiert, werden verschiedene mit Arbeit in Verbindung stehende Fragen aufgeworfen. Dabei ist die Auswahl der Texte keineswegs als umfassend zu verstehen. Besonders ein (queer-)feministischer Blick auf Arbeit fehlt eindeutig. Es ist eine Leerstelle, die wir bedauern, bei der wir uns allerdings dagegen entschieden, einen Text von unserer Seite zu erzwingen. Dies hätte bedeutet, dass (wie so häufig) weiblich sozialisierte Personen aus der Redaktion dazu hätten schreiben müssen. Gegen diese Mehrarbeit haben wir uns gewehrt und müssen nun diese Leerstelle aushalten bzw. unsere Leser_innen dazu ermuntern, an anderer Stelle zu diesen Perspektiven nachzulesen.

In unserer hochschulpolitischen Rubrik 'Anstalt' führen wir mit dieser Ausgabe eine neue Textserie ein. Mit 'Was macht eigentlich …' möchten wir in der HUch die Arbeit der verschiedenen Referate vorstellen, die im Referent_innenrat (gesetzlich AStA) die Anliegen der Studierendenschaft vertreten. Neu ist auch, dass ein freier Text Einzug in unseren hochschulpolitischen, sonst eher journalistischen Teil hält.

Den Anfang für die Serie *Was macht eigentlich...* legt das LGB-TI-Referat unseres Referent_innenrats vor: Ray erzählt dafür von der Arbeit im Referat, erklärt, wie sich dort inhaltlich ausgerichtet wird und berichtet von aktuellen Projekten.

In ihrem freien Essay *SEMINAR DREI* reflektiert Tatjana Medar assoziativ und persönlich die eigene Erfahrung als Arbeiter_innenkind an der Universität und klagt damit auch die in die Universität hineingetragenen Zustände an, welche soziale Ungerechtigkeit dem Individuum zur Last legen.

Die in der Rubrit "Aufsatz" versammelten Texte beschäftigen sich in dieser Ausgabe aus verschiedenen Blickwinkeln mit den zahlreichen Facetten von Arbeit. Neben Einblicken zu Arbeitskämpfen und Theoriearbeit gibt es zudem weitere Texte, welche sich aus kritischer Perspektive mit aktuellen gesellschaftlichen Themen beschäftigen.

Mit *Don't say the dirty word* liefert Benjamin Körner eine polemisch zugespitzte Kritik an der antikommunistischen Abwertung marxistischer Theorie und lenkt den Blick auf die Behandlung von Karl Marx' Werk an den deutschen Universitäten.

Obwohl Marx das Paradigma Arbeit maßgeblich auf den Plan gerufen hat, lohnt sich ein Blick hinüber zu Hegel, um die Rolle der Arbeit in der bürgerlichen Gesellschaft im Kern zu verstehen. Dies ermöglicht uns Mesut Bayraktar mit seinem Text *Hegel und die Gespenster der Freiheit*, der über den Begriff der Arbeit eine Linie von Hegel zu Marx zieht.

Wenn über Arbeit gesprochen wird, kann über Arbeitslosigkeit nicht geschwiegen werden. *Das Märchen vom Sozialschmarotzer* von Zora Günther und Ainoha Dávila Wiegers zeigt auf, wie das Arbeitslosengeld II nur ein weiteres Rädchen in der kapitalistischen Gesellschaft darstellt, das die Gesamtmaschinerie am Laufen hält.

Mo situiert mit *Wi(e)der Wilde Streiks* die heute erneut präsenten politischen Streiks im rechtlichen Kontext des Streik- und Arbeitsrechts, das Kontinuitäten aus der NS-Zeit aufweist.

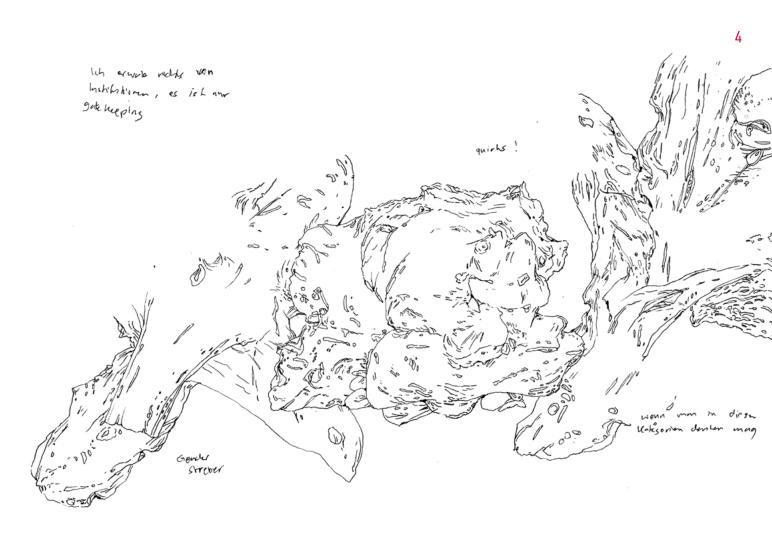
Dass algorithmische Arbeitssteuerung weitaus mehr Branchen als Lieferdienste umfasst und dabei Schritt für Schritt das Arbeitsleben — und auch die damit untrennbar verbundenen Arbeitskämpfe — verändert, veranschaulicht Moritz Aschemeyer in seinem Interview zu *Techno-Politik* mit dem Soziologen Simon Schnapp.

Im ,Abspann' zu Kunst und Kultur wird über eine Rezension und einen kulturkritischen Text die Brücke zum Thema Arbeit geschlagen und sich darüber hinaus mit Kritischer Theorie und Psychoanalyse beschäftigt.

Wer erfahren möchte, welche Rolle Kolonialismus und Rassismus für den Arbeitsbegriff gespielt haben und heute noch spielen, kann mit Kofi Shakurs Rezension *Arbeit als koloniales Verhältnis* die von Haschemi Yekani hierzu entwickelten Analysen nachvollziehen.

In *Mit Adorno zu transinklusivem Feminismus* von Ronja Arndt werden die erstaunlichen Höhen und frustrierenden Tiefen des Sammelbandes *Kritische Theorie und Feminismus* diskutiert.

Nicht erst seit der Corona-Pandemie boomt das Geschäftsmodell der Unterhaltungsindustrie, z.B. in Form von Online-Streaming-Anbietern. In *Story of my Life* wirft Maximilan Joseph Theodor Keller einen kritischen Blick darauf, wie unser Leben und Selbst von den zahllosen Erzählungen im Spätkapitalismus geprägt wird.



WAS MACHT EIGENTLICH ... DAS LGBTI-REFERAT?

RAY

Ray ist Referent_in für LGBTI im RefRat. Ray benutzt keine Pronomen, kein "Herr" oder "Frau" in der Anrede.

Wenn Personen mit Ray in Kontakt treten wollen, ist Ray per Mail unter <u>lgbti@refrat.hu-berlin.de</u> zu erreichen.

Das LGBTI-Referat ist, wie viele der heute an Hochschulen existierenden Vertretungen für queere¹ Studierende, ursprünglich als Vertretung für schwule Studierende entstanden. Mit der Zeit hat sich der Einflussbereich des Referats erweitert und mittlerweile ist das LGBTI-Referat für alle Menschen der queeren Community da.

Ich sehe die Stelle im RefRat als eine Möglichkeit, alle Studierenden zu unterstützen, die nicht den Idealen der cis²-heteronormativen³ Gesellschhaft entsprechen. Nicht nur cis-Heteronormativität produziert Ausschlüsse, auch die Beschränkung auf ein System, in dem nur Platz für zwei Geschlechter ist und in dem romantische Liebe und Sexualität in überzogener Weise idealisiert werden, sorgt dafür, dass viele Menschen von Diskriminierung betroffen sind.

Insofern habe ich in meiner bisherigen Arbeit versucht, insbesondere denjenigen Menschen Gehör zu verschaffen, die oft (auch innerhalb der queeren Community) wenig Beachtung finden. Ich bin Ansprechperson für Personen, die von queerfeindlicher Diskriminierung betroffen sind und setze mich zur Zeit stark dafür ein, dass trans*, inter* und nichtbinäre* Personen (kurz: TIN*-Personen) ihren selbstgewählten Namen an der Uni führen können. Dies ist an der HU leider immer noch nur begrenzt möglich. Aber es wird aktiv an Lösungen gearbeitet, und dies nicht nur von meiner Seite. So setzen sich beispielsweise auch die Vertreter_innen der Gruppe UniTIN* hochschulübergreifend für die Rechte von TIN*-Personen ein.4

Neben all der Hochschulpolitik ist es mir zudem wichtig, einen Raum für Austausch unter Betroffenen zu schaffen. Dies ist mit dem neuen LGBTQIA*-Students Moodle-Kurs möglich geworden, der im Dezember 2021 ins Leben gerufen wurde. Durch den Kurs wurden einerseits schon viele Veranstaltungen von und für Studierende beworben, die ich in Zusammenarbeit mit anderen Referaten und zum Teil in Zusammenarbeit mit Vertreter_innen von anderen Hochschulen organisiert habe. Andererseits wird der Raum auch immer mehr eigenständig von Studierenden genutzt und mit Leben gefüllt. Es gibt unter anderem einen queeren Stammtisch und eine Gruppe für Personen, die sich auf dem aromantischen und/oder asexuellen Spektrum einordnen.

Ich freue mich sehr zu sehen, wie die queere Community an der HU trotz Pandemie und Onlinelehre zusammenwächst und bin gespannt, was in Zukunft noch daraus entsteht.



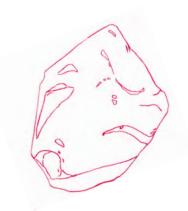


- Queer: aus dem englischen übernommene Bezeichnung, die als Sammelbegriff für alle Identitäten der LGBTQIA*-Community oder als Selbstbezeichnung von einzelnen Personen genutzt werden kann. Es gibt auch Einzelpersonen aus der Community, welche die Bezeichnung ablehnen. In diesem Fall soll der Wunsch der Person respektiert werden und nicht diese Bezeichnung für die Person genutzt werden.
- 2 cis (auch cisgeschlechtlich): Bezeichnung für Personen, bei denen das bei der Geburt zugewiesene Geschlecht dem tatsächlichen bzw. gelebten Geschlecht entspricht. Cis steht im Gegensatz zu trans (auch transgeschlechtlich). Hierbei entspricht das bei der Geburt zugewiesene Geschlecht nicht dem tatsächlichen bzw. gelebten Geschlecht.
- 3 Hetero-Normativität: die falsche Annahme, dass es nur zwei Geschlechter gibt, die bei der Geburt passend zugewiesen werden und sich heterosexuell zueinander hingezogen fühlen. Beziehungsweise: die falsche Annahme, dass es nur (cis) Männer und (cis) Frauen gibt und diese sich immer zum jeweils anderen Geschlecht hingezogen fühlen.
- 4 UniTIN* ist online zu finden unter: www.unitin-berlin.mailchimpsites.com/home
- 5 aromantisches/asexuelles Spektrum: Menschen verspüren in unterschiedlicher Intensität romantische und/oder sexuelle Anziehung zu anderen Menschen. Es wird zwischen alloromantisch/allosexuell und aromantisch/asexuell als gegensätzliche Pole unterschieden. Personen, die sich eher dem aromantischen/asexuellen Sprektrum zuordnen, verspüren keine, wenig oder in fluktuierender Weise romantische und/oder sexuelle Anziehung zu anderen Menschen.

SEMINAR DREI

TATJANA MEDAR

Wie es sich anfühlt, als Arbeiter_innenkind durch den eigenen Stundenplan, die Universität und nichtssagende Konversationen zu navigieren, beschreibt unsere Autorin in einem kurzen Essay.



hier kommen die wachen geister zum sterben hin, hier können die stimmen nichts mehr bedeuten, weil sie bleiern reden und sich bloß nicht verständigen wollen. die bösen objekte tummeln sich in reih und glied, ameisenstraßen verlaufen zwischen der einrichtung. leer und hungrig gähnen die geister unter den tischen. diese hölle ist gestaltet vom gesamtzusammenhang.

holprig stolpert hölderlin über sein eigenes versmaß. derweil gleiten formvorgaben über die köpfe neunzehnjähriger kinder—ihr blick fällt mürbe auf 1500 zeichen. "zu wenig, um die welt zu bedeuten", denkt man sich, und lässt seine sehnsucht im moodle-kurs versauern, mal wieder, um drei uhr morgens. es laufen die avengers.

das nichtssagende gesicht von captain america erinnert mich daran, zumindest eine vergangenheit zu haben. als arbeiterkind war mein ganzes leben winter.

jetzt wird wieder diskutiert über das gute, das richtige. es sind prächtige worte, die ein gerüst aus reinem gar nichts zusammenhalten. aber immerhin lässt die fabrik ihre arbeiter nicht mehr abgekämpft nach hause kehren, um nur zu fressen und zu scheißen und zu schlafen. den akademikern ist das unwissen von der nasenspitze abzulesen. jeff bezos liefert es versandkostenfrei nach hause.

ich erinnere mich, sie haben angestrengt diskutiert. sämtliche belanglosigkeiten wurden in ein kleid der kritik genäht, die gar keine war. am ende konnte man sich wohlwollend drauf einigen, keinen einzigen schritt weitergekommen zu sein. dann gingen alle nach hause und der prozess wiederholte sich. am ende des semesters war man froh über den austausch.

lukács sprach von transzendentaler obdachlosigkeit. ich muss lachen, denn mein vater war lange obdachlos.

die armut hat mir krankheit in die knochen gelegt. ich habe die welt nicht verstanden, ich habe mich in abstraktion verloren und nicht begriffen, was praxis sein kann. ich bin in mich gegangen und habe alle probleme genau dort ausgemacht, wo ich selber stehe. die entpolitiserung meiner ökonomischen situation hat mich fast den verstand gekostet. das kind in mir glaubt immer noch, nichts wert zu sein.

gleichheit scheint liberaler konsens. also wird eben so getan, als seien wir gleichwertig, als ob die schönen freigeister sich von ökonomischen kategorien loslösen könnten, und ihre intellektuelle bestimmung nichts mit materieller situierung zu tun hätte. so kommen wir an die uni und sind froh, gleich zu sein.

so kommen hier die wachen geister zum sterben hin. adornos referat beginnt. gelangweilt spielt popper mit seinem handy.

DON'T SAY THE DIRTY WORD

BENJAMIN KÖRNER

Wer über Arbeit redet, sollte vom Kapitalismus nicht schweigen. Eigentlich eine banale Feststellung, jedoch stellt sich damit auch direkt die Frage, was uns der Bekannteste aller Kapitalismustheoretiker_innen, Karl Marx, heute zum Thema Arbeit noch zu sagen hat. Und so sind wir in nur drei Schritten vom Thema Arbeit zum Marxismus gekommen — und über den sollten wir an deutschen Universitäten drei Jahrzehnte nach dem Ende der Sowjetunion doch wirklich nicht mehr reden! Oder doch?

ARBEIT ALS GRUNDLAGE JEDER GESELLSCHAFT

Aber bleiben wir zunächst beim Thema dieses Heftes: Arbeit. Für die marxistische Analyse des Kapitalismus ist Arbeit — genauer Lohnarbeit — eine zentrale Kategorie, um zu verstehen, wie die Ausbeutung der einen mit dem Reichtum der anderen zusammenhängt. Für Marx ist Arbeit jedoch weit mehr als nur ein Thema, das im Kapitalismus eine Rolle spielt. Arbeit ist für ihn etwas, das den Menschen in jeder bisher existierenden Gesellschaftsform zentral bestimmt. Nach Marx ist der Mensch zwingend darauf angewiesen zu arbeiten — also sich seine Umwelt zu Nutze zu machen, um seine Lebensbedürfnisse befriedigen zu können. Hinzu kommt, dass ein einzelner Mensch in der Regel allein nicht überleben kann, also auf die Zusammenarbeit mit anderen angewiesen ist. Die Notwendigkeit zu arbeiten und zusammenzuarbeiten ist daher die Grundlage jeder Gesellschaft.

Im Laufe der Menschheitsgeschichte haben sich Fähigkeiten und Arbeitsteilung immer weiterentwickelt — sodass auch die Strukturen, die regeln, wer welche Arbeiten machen muss und wer die Produkte dieser Arbeit erhält, komplexer geworden sind. So entstanden Gesellschaften, in der die eine Gruppe Menschen über die Arbeit der anderen Gruppe Menschen bestimmen konnte: Klassengesellschaften. Seitdem hat sich die Art und Weise, wie gearbeitet wird, zwar immer wieder verändert, verschiedene Klassen kämpften um die Vorherrschaft, manche verschwanden und neue entstanden, doch immer gab es eine Klasse, die über die Arbeit der anderen bestimmen konnte. Neben verschiedensten Klassen gab es so immer zwei Hauptklassen, also eine ausbeutende Klasse auf der einen und eine ausgebeutete Klasse auf der anderen Seite.

KAPITALISMUS: FREIHEIT ODER AUSBEUTUNG?

Im Kapitalismus besitzt die Kapitalist_innenklasse die Produktionsmittel, also zum Beispiel Fabriken, Büros und Patente, während die viel größere Klasse der Lohnabhängigen dazu gezwungen ist, ihre Arbeitskraft an diese Kapitalist_innen zu verkaufen. Ein schmieriger Jungliberaler könnte jetzt empört aufschreien: "Das ist doch ein freier Vertrag, niemand wird gezwungen! Außerdem bekommen die Angestellten ihren Lohn ausgezahlt!" Doch Marx hält die Lohnarbeit trotzdem für ein ausbeuterisches

Zwangsverhältnis. Denn von einem freien Vertrag kann keine Rede sein, wenn für all diejenigen, die keine Produktionsmittel besitzen, die Alternative zum Verkauf der eigenen Arbeitskraft das Verhungern ist. Damit wäre das Zwangsverhältnis erklärt, aber warum sollte Lohnarbeit automatisch Ausbeutung bedeuten? Für Marx ist Ausbeutung keine moralische, sondern eine ökonomische Kategorie, die schlicht feststellt: Profit für die Kapitalist_innen entsteht nur dann, wenn sie den Arbeiter_innen weniger Lohn zahlen, als diese an Wert mit ihrer Arbeit geschaffen haben. Die Klasse der Kapitalist_innen lebt also auf Kosten der Arbeiter_innen, indem sie sich immer einen Teil deren Arbeit aneignen. So funktioniert der Kapitalismus: Die einen müssen arbeiten und die anderen genießen die Früchte dieser fremden Arbeit.

"MARX IST TOT UND JESUS LEBT!"

Der Marxismus ist also nicht nur als Analyse des Kapitalismus, sondern auch als wissenschaftliche Theorie darüber, wie verschiedenste Gesellschaften funktionieren, auch heute noch äußerst relevant. Wenn dem so ist, sollte marxistische Theorie an den Universitäten in allen Disziplinen, in denen es um gesellschaftliche Fragen geht, eine Rolle spielen. Ein Blick in die Vorlesungsverzeichnisse und Seminarpläne zeigt aber schnell, dass Marxismus dort nur selten bis gar nicht auftaucht. Woran liegt das? Sitzen überall die schon erwähnten schmierigen Jungliberalen, die sich mit ihrer Marktideologie gegen marxistische Wissenschaft sträuben?

Als 1989 CDU-Arbeitsminister Norbert Blüm im staatssozialistischen Polen mit Oppositionellen gesprochen hatte, trat er vor die Presse und verkündete lauthals: "Marx ist tot und Jesus lebt!" Und tatsächlich verschwand in den 90er Jahren mit der Sowjetunion ebenfalls Marx von der Bildfläche linker Bewegungen und kritischer Wissenschaft. Nachdem durch den globalen Sieg des Kapitalismus angeblich das Ende der Geschichte (Fukuyama) erreicht worden war, wurden auch die Restbestände an marxistischer Theorie auf den Müllhaufen ebendieser geworfen. Wer es in der folgenden Hochzeit neoliberaler Ideologie überhaupt nur wagte, das Wort Kapitalismus in den Mund zu nehmen, wurde sofort als gestrig und verbohrt aus jeglichem Diskurs ausgeschlossen. Der Marxismus war die Todsünde und wer dazugehören wollte, musste sich von ihm distanzieren oder zumindest schweigen.

EIN GESPENST GEHT UM...

Doch es kam alles ganz anders und die Geschichte wollte sich nicht an das ihr verordnete Ende halten. So sehr linke Kräfte in der Defensive waren und der Neoliberalismus alles infizierte, so sehr ging auch der Klassenkampf von den Ausbeutenden gegen die Lohnabhängigen weiter: Privatisierungen, Freihandelsdiktate, Lohndumping, Sozialabbau und die Entfesselung der Finanzmärkte sorgten dafür, dass die Reichen auf Kosten der Armen immer reicher wurden. Trotz aller liberaler Ideologie und der Behauptung, es gäbe doch längst keine Klassen mehr, stellte sich Marx' Feststellung, dass die "Geschichte aller bisherigen Gesellschaft die Geschichte von Klassenkämpfen" ist, weiterhin als real heraus. Der Kapitalismus geriet in eine globale Krise und Streiks und Aufstände zeigten, dass das Ende der Geschichte noch lange nicht erreicht war. Mit dieser Zuspitzung

von Klassenkämpfen und Krisen wurde auch wieder laut über den Kapitalismus gesprochen, der totgeglaubte Marx kehrte in die Debatten zurück und mit ihm auch ein Gespenst, das die Herrschenden schon für erledigt hielten: das Gespenst des Kommunismus.

DIE WELT VERSTEHEN, UM SIE ZU VERÄNDERN

Durch die neoliberale Offensive der Kapitalist_innen kam es auch zur Wiederbelebung der klassenkämpferischen Linken. Die globale Krise des Kapitalismus setzte die Frage nach Alternativen auf die Tagesordnung. Aus Protesten und Bewegungen heraus wurde immer dringlicher die Notwendigkeit eines Systemwechsels formuliert. Was jahrelang als undenkbar galt, geschah: Es wurde wieder über Sozialismus und Kommunismus als gerechtere Gesellschaftsmodelle diskutiert. Die Erkenntnis, dass Reformen nicht ausreichen, um ein Wirtschaftssystem, in dem alles dem Profit einiger Weniger untergeordnet ist, gerecht und ökologisch verträglich zu machen, verbreitete sich. Doch der Marxismus bietet uns mehr als nur die Vision einer Gesellschaft, in der wir gemeinschaftlich produzieren und soziale und ökologische Bedürfnisse in den Mittelpunkt stellen. Marxistische Theorie erklärt, wie das bestehende System entstanden ist, wie es funktioniert, und gibt uns damit ein Instrument an die Hand, um eine Praxis zu entwickeln, die diese Verhältnisse verändert. Es geht also nicht darum, nur über eine weitere Theorie zu diskutieren, sondern um deren Anwendbarkeit, eine bessere Welt zu erkämpfen.

Im Hauptgebäude der Humboldt-Universität werden Besucher_innen von einem Marx-Zitat in goldenen Lettern begrüßt: "Die Philosophen haben die Welt nur verschieden interpretiert, es kommt aber drauf an, sie zu verändern."³ Dieses Überbleibsel aus DDR-Zeiten sollte im Zuge der Säuberung der Universitäten von marxistischem Denken Ende der 90er Jahre eigentlich entfernt werden — konnte aber durch den Protest kritischer Studierender erhalten werden. Das Zitat verweist darauf, dass der Sinn kritischer Wissenschaft nicht darin besteht, möglichst unverständlich formulierte Hausarbeiten, Paper und Dissertationen zu fabrizieren. Der Wert kritischer Wissenschaft misst sich daran, ob sie nützlich im Kampf für eine gerechtere Welt ist, ob sie denen, die tagtäglich den Klassenkampf gegen die kapitalistische Ausbeutung von Mensch und Natur führen, eine Hilfe ist.

MARX AN DER UNI: ZWISCHEN POSTMODERNE UND ENDRADIKALISIERUNG

Wenn auch eher als Randerscheinung, wird auch im akademischen Betrieb wieder über Marx gesprochen und publiziert. Vorherrschend sind jedoch "Marx"-Interpretationen, die sein Denken postmodern verdrehen oder den radikalen Teil des Marxismus ignorieren. Sich in diesem akademischen Sinn mit Marx zu beschäftigen, wird zur reinen intellektuellen Spielerei. In Seminaren wird über Details der Wertform diskutiert — aber über die Verbindung zum Klassenkampf kein Wort verloren. Über Kapitalismustheorien wird gefachsimpelt — aber darüber, dass Marx die Revolution für notwendig hält, um diesen zu stürzen, geschwiegen. Trotzdem kann es sich lohnen, diese akademischen Veranstaltungen zu nutzen, um mit marxistischer Theorie die Welt besser zu verstehen. Aber die Beschränktheit dieser "Marx"-Interpretationen sollte immer im Bewusstsein bleiben, um nicht bei einem halben Marx, also einer Analyse ohne folgende Praxis, stecken zu bleiben.

Dass an Universitäten meist der entradikalisierte Marx behandelt wird, hat systemische Ursachen, die wir mit der marxistischen Theorie selbst gut erklären können. Wie bereits beschrieben, bildet bei Marx die Art und Weise, wie Menschen produzieren, das Fundament jeder Gesellschaft. Auf dieser

ökonomischen Basis entstehen dann ein politisches System und vorherrschende Ideen, deren Aufgabe es ist, Klassenherrschaft und Ausbeutung abzusichern. Im Kapitalismus ist das auf der einen Seite der bürgerliche Staat, der die Grundfesten des Kapitalismus nicht infrage stellt, und auf der anderen Seite die bürgerliche Ideologieproduktion, also die in alle Lebensbereiche hereingetragenen Ideen, die den Kapitalismus als sinnvoll und alternativlos darstellen. Diese Ideologie wird uns tagtäglich in Schulen, am Arbeitsplatz, in den Medien und nicht zuletzt an der Universität in die Gehirne gekloppt. Aufgabe der Universitäten ist es, diejenigen Menschen auszubilden, die diese Ideologie von Eigenverantwortung und Konkurrenz in unsere Köpfe tragen sollen. Vereinzelte Gesellschaftskritik an der Universität wird zwar geduldet, aber ein Raum für grundlegende Systemkritik oder radikale Politik können Universitäten nicht sein.

UM UNSERE ZUKUNFT MÜSSEN WIR KÄMPFEN

Nach wie vor ist die marxistische Analyse relevant, wenn wir die Welt von heute verstehen wollen — und wir müssen sie verstehen, um sie verändern zu können. All diejenigen, denen Menschlichkeit und Solidarität am Herzen liegen, wissen, dass radikale Veränderungen bitter nötig sind. Wahr ist aber leider auch, dass diese Veränderungen ihren Anfang nicht in Hörsälen und Seminarräumen nehmen werden, sondern in Klassenkämpfen, in Kämpfen gegen Ausbeutung und Unterdrückung rund um den Erdball. Wir leben in einer Welt, in welcher der Kapitalismus sich alles einverleibt und am Ende nur tote fruchtlose Wüste übriglässt. Ausbeutung und Armut sind allgegenwärtig, die Klimakatastrophe spitzt sich rasend zu und die Konfrontation imperialistischer Mächte führt zu neuen Kriegen.

Wollen wir als Menschheit eine Zukunft haben, darf der Kapitalismus keine haben. Wir brauchen ein anderes Wirtschaftssystem, eine sozialistische Gesellschaft, in der nicht die Profitinteressen weniger regieren, sondern die Bedürfnisse der Vielen. Eine klassenlose Welt, in der gemeinsam und solidarisch darüber entschieden wird, wie und was wir produzieren, in der nicht die Konkurrenz, sondern die Kooperation uns leitet. Diese Welt wird nicht vom Himmel fallen, sie wird uns nicht geschenkt werden, sie wird nur entstehen, wenn wir — die Klasse der Lohnabhängigen — uns zusammenschließen und die Herrschaft des Kapitals beenden. Wir haben eine Welt zu gewinnen!

Benjamin Körner ist Organizer und Teil des Kollektivs *United for Fight*, das Workshops und Seminare für Bewegungen, Gewerkschaften und politische Gruppen anbietet: <u>www.unitedforfight.org</u>

- 1 Philipp Gessler: "Marx ist tot, Jesus lebt" "Die Wende war im Kern eine Gegenrevolution", taz online, 09.11.1999, online unter: www.taz.de/!1262891/ (Zuletzt aufgerufen am 23.05.2022)
- 2 Diese bekannt gewordene Formulierung ist der erste Satz des ersten Kapitels im Manifest der kommunistischen Partei, das von Karl Marx und Friedrich Engels im Dezember 1847/Januar 1848 verfasst wurde.
- 3 Ebenfalls zu finden in der Karl Marx Friedrich Engels Gesamtausgabe. Vierte Abteilung. Band 3. Berlin 1998, S. 21.

HEGEL UND DIE GESPENSTER DER FREIHEIT

MESUT BAYRAKTAR

Hegels Philosophie beschreibt Ereignisse und bürgerliche Bewusstseinsgestalten, die in ihrer Allgemeinheit auch noch unseren Erfahrungen entsprechen. Indem er die revolutionäre Rolle vom Wesen der Arbeit in der Geschichte erfasst hat, konnte er die Lehre von der Dialektik systematisch entwickeln. Den revolutionären Pulsschlag erfährt seine Dialektik durch das, was er "Pöbel" nennt.

Schon Karl Marx warnte in seinem Hauptwerk davor, Hegel wie einen "toten Hund" zu behandeln. Und Wladimir I. Lenin, der während des imperialistischen Gemetzels in Zürich Hegel studierte, setzte einen drauf, indem er eine materialistische Auslegung von Hegels Dialektik forderte, ohne die weder Marx' Analyse des Kapitalismus noch der Klassenkampf gänzlich begriffen werden könne — erst recht nicht die praktische Überwindung der Klassengesellschaften durch die Arbeitenden und Unterdrückten. Hegels Philosophie ist nicht nur Quelle, sondern gleichsam Bestandteil einer von revolutionärer Theorie geleiteten Praxis, welche die Theorie mit Erfahrungen anreichert. Wer Hegel den Ideologen an den Universitäten, den Berufskonterrevolutionären von Staats wegen und den bürgerlichen Intellektuellen im Feuilleton überlässt, führt trotz rebellischer Gesten meist symbolische Kämpfe, mithilfe derer die von der herrschenden Klasse eingerichtete soziale Welt legitimiert wird. Das beginnt, wo das Ganze aus dem Blickfeld gerät oder das eigene Blickfeld für das Ganze gehalten wird. Wer Hegel aufgibt, wird auf kurz oder lang entweder zu Theoriemüdigkeit und Eklektizismus¹ auf der einen oder zu einer Furcht vor einer Verlebendigung radikaler Theorie und einem Praxisfetischismus auf der anderen Seite neigen. Beides wird bezahlt mit einem Verlust an Realitätssinn.

Hegels zentrale Bedeutung im Kampf um eine Assoziation, worin die freie Entwicklung der einzelnen die Bedingung für die freie Entwicklung aller ist, wird insbesondere bei der Frage nach dem Wesen der Arbeit in der Geschichte und der Rolle der Arbeit in der bürgerlichen Gesellschaft deutlich. Um Letzteres soll es folgend anhand der politischen Philosophie Hegels gehen, die in seinem Alterswerk Grundlinien der Philosophie des Rechts (1820/21) ausgearbeitet ist — eine begriffliche Systematisierung praktisch-politischer Fragen im Werden der bürgerlichen Gesellschaft.

DER SOZIALE KRIEG

Im Zuge der neoliberalen Phase des Kapitalismus sind Phänomene wie Erwerbsarmut ("working poor"), Arbeit im Niedriglohnsektor, prekäre Arbeit, digitale Fließbandarbeit, zerklüftete Arbeitsbiografien, Arbeitsmigration und die permanente Bedrohung, den Arbeitsplatz zu verlieren, allgegenwärtig. Die Lazarusschicht² hat längst die arbeitenden Klassen von innen erfasst. In der Bundesrepublik Deutschland wurde zum Beispiel

der größte Niedriglohnsektor Europas installiert und im Zuge der Pandemie die Lohnarbeit weiter flexibilisiert, gar nicht erst zu sprechen von den neuen Strategien des Kapitals, angesichts der Digitalisierung in der Industrie oder durch digitale Plattformen enorme Profite zu erzielen. Für dieses von Unsicherheit, Zukunftsangst und Degradation bedrückte Leben findet sich schon bei Hegel eine zentrale Kategorie: der Pöbel.

Dass die bürgerliche Gesellschaft sich in Klassen aufteilt und diese von ihrer ökonomischen Stellung zur gesellschaftlichen Produktion abgeleiteten Klassen antagonistische Beziehungen zueinander haben, war für Hegel, der mit der englischen politischen Ökonomie von Adam Smith bis zu David Ricardo bestens vertraut war, vollkommen klar. Anders als seine Vorgänger auf dem Gebiet der politischen Philosophie hat Hegel erstens das Diktum von Thomas Hobbes' "Bellum omnium contra omnes", also den Krieg aller gegen alle, unmittelbar mit der bürgerlichen Gesellschaft identifiziert. Dieser soziale Krieg endet nicht mit einem Übergang in einen Gesellschaftszustand, der durch die historische Dichtung eines Gesellschaftsvertrags bewerkstelligt wäre. Im Gegenteil: Mit der bürgerlichen Gesellschaft beginnt der soziale Krieg, der vertragstheoretisch geheiligt wird. Zudem gesteht Hegel zweitens der neuen Gesellschaftsformation eine relative Selbstständigkeit gegenüber der Familie und dem Staat als soziale Sphären zu. Die bürgerliche Gesellschaft ist für Hegel aufgrund ihrer ökonomischen Dynamik ein Heraustreten des Gemeinwesens aus überholten Bindungen, einst durch Blut, Krone und Gott legitimiert. Seither bestimmt das Privateigentum an den Mitteln zum Leben Macht und Hierarchie. Dieses Heraustreten der Ökonomie, ihre Verselbstständigung und Dominanz gegenüber allen Sphären des Lebens, geht drittens mit der Auflösung des Gemeinwesens zu Privatinteressen einher. Das Dogma vom Individualismus entsteht. Gerade die Kombination dieser Einsichten bilden den entscheidenden Zugang, der Hegel erlaubte, die Moderne als Zeitalter der Revolutionen zu definieren.

ARBEIT ALS GRUNDLEGENDER MODUS DES MENSCHEN

Hegel fasst die Moderne als warenproduzierende Arbeits- und Tauschgesellschaft. In ihr "ist jeder sich Zweck, alles andere ist ihm nichts. Aber ohne Beziehung auf andere kann er den Umfang seiner Zwecke nicht erreichen; diese anderen sind daher Mittel zum Zweck des Besonderen." (§ 182) Dabei beschreibt er die kapitalistische Ökonomie mit Schlagwörtern wie "System allseitiger Abhängigkeit", "Not- und Verstandesstaat", "Stufe der Differenz", "Schauspiel ebenso der Ausschweifung, des Elends und des beiden gemeinschaftlichen physischen und sittlichen Verderbens", "Kampfplatz des individuellen Privatinteresses aller gegen alle" und "Wimmeln von Willkür". Nichtsdestotrotz sieht Hegel, dass dieses "anscheinend Zerstreute und Gedankenlose [...] von einer Notwendigkeit gehalten" wird, "die von selbst eintritt" (§ 189), und fügt hinzu, dass dieses Notwendige aufzufinden der Gegenstand der politischen Ökonomie ist. Damit nimmt Hegel vorweg, was etwa fünfzig Jahre später Marx auf den Plan ruft. Hegel aber erkannte schon, dass der notwendige Zusammenhang vermittelt wird durch die Arbeit.

Arbeit umschreibt für Hegel ein grundlegendes Verhältnis des Menschen zum Menschen und zur Natur. Sie ist das Mittel der Befreiung. Durch sie vollzieht sich die Selbstbildung des Menschen zum Subjekt und die Enthebung von Naturzwängen. Sie bindet in den gesellschaftlichen Verkehr ein, wodurch die Akteur_innen die Mittel erhalten, sich zu Individuen abzusondern und das zu verwirklichen, was das bürgerliche Zeitalter allen dem Begriff nach einräumt — Freiheit.

Dieser Begriff, mit dem revolutionären Pulsschlag von 1789 gestählt, markiert für Hegel den Paradigmenwechsel zwischen Vormoderne und Moderne. Radikal setzt er die Freiheit als die Idee des Rechts schlechthin. Das Menschsein des Menschen ist die Freiheit und das Recht, sie einzufordern, hat jedes anerkannte Mitglied der bürgerlichen Gesellschaft. Manchmal ist sogar die Anerkennung noch, dass man Mensch ist, zu erkämpfen, wie etwa (queer-)feministische, antikoloniale und migrantische Kämpfe zeigen. Mit Hegel ist die Geschichte nicht nur als Freiheitsgeschichte zu denken. Freiheit, einmal ins Dasein getreten, bildet fortan den gesellschaftlichen Seinsgrund. Auf diesem Boden haben etwa per Definition zu Sklav_innen erniedrigte Menschen, so Hegel, das Recht Widerstand zu leisten, auch mit Gewalt — so wie in der Haitianischen Revolution 1791.

SELBSTAUFHEBUNG DES PÖBELS

Hier jedoch stößt Hegel auf ein Problem, den Pöbel. Er fungiert als Grenzbegriff zum einen für den tief verankerten Widerspruch, dass Privateigentum nicht Voraussetzung, sondern die Liquidierung des universellen Prinzips der Freiheit ist und dass Freiheit vielmehr soziale Gleichheit zur Voraussetzung hat. Zum anderen steht er für den Selbstwiderspruch der bürgerlichen Gesellschaft, Freiheit für alle historisch versprechen zu müssen, sie aber faktisch nicht für alle einlösen zu können, das sie auf Aneignung fremder Arbeit gründet.

Innerhalb seiner Analyse ist der Pöbel für Hegel verkörperte Armut in der bürgerlichen Gesellschaft, die "in ungehinderter Wirksamkeit" die "Anhäufung von Reichtümern" vermehrt, aber auch die "Abhängigkeit und Not der an [...] Arbeit gebundenen Klasse" erweitert (§ 243). Dabei kommt es zu einer paradoxen Situation. Der arbeitenden Klasse wird der "Genuss der weiteren Freiheiten und besonders der geistigen Vorteile" nicht wegen des Fehlens, sondern gerade durch das intakte Funktionieren bürgerlicher Ordnung verweigert, sodass aus dem "Herabsinken einer großen Masse unter das Maß" eines Existenzminimums der Pöbel entsteht. Der Pöbel ist struktureller Anhang der arbeitenden Klasse, ihr Gravitationsfeld. Armut ist nicht wie in der Vormoderne - Ergebnis von fehlendem, sondern sich vermehrendem Reichtum. So schlägt die Arbeit als Mittel der Selbstbefreiung um in das Mittel der Knechtschaft der Arbeitenden. Dabei kann der Pöbel seine Existenz als Pöbel nicht durch Arbeit abstreifen und doch beruft er sich auf das Recht auf Arbeit und damit die Möglichkeit der Selbstbildung, weil ihm dem Begriff nach seine Freiheit eingeräumt wird. Hier weiß Hegel keinen Ausweg. Er stellt nur fest, dass "zum Vorschein" kommt, "dass bei dem Übermaße des Reichtums die bürgerliche Gesellschaft nicht reich genug ist, d.h. an dem ihr eigentümlichen Vermögen nicht genug besitzt, dem Übermaße der Armut und der Erzeugung des Pöbels zu steuern" (§ 245), da die Erzeugung des Pöbels "zugleich die größere Leichtigkeit, unverhältnismäßige Reichtümer in wenige Hände zu konzentrieren, mit sich führt" (§ 244). Durch diese Dialektik der Klassen wird die bürgerliche Gesellschaft "über sich hinausgetrieben" (§ 246). Doch wohin das entzieht sich Hegels Horizont.

Die Angehörigen des Pöbels werden als freie Subjekte anerkannt. Sie bleiben jedoch in ihren Prädikaten, also in ihrem Tun, in Unfreiheit gefangen, eben weil ihnen die Mittel der Selbstaufhebung durch Arbeit, womit sie die Bedingungen ihrer kläglichen Existenz überwinden könnten, verwehrt werden. Sie sind die unfreien Freien. Da die Erzeugung des Pöbels den ganzen Umfang der Realisierung der Freiheit angreift, etwa durch Hunger oder verarmende Arbeit das Subjektsein und damit das Leben selbst negiert wird, ist für Hegel der Gesetzesübertritt des Pöbels gerechtfertigt. Er ist nach Hegel der Versuch, einer Situation zu entfliehen, die von "totaler Rechtslosigkeit" gekennzeichnet ist, gleichbedeutend mit Sklaverei. Das "Notrecht" der unfreien Freien ist die Konsequenz, die "Polizei" nach innen und die "Kolonisation" nach außen sind die Antwort der Besitzenden.

Dass Hegel aus dieser Zerrissenheit keine weiteren Schlüsse zieht, liegt auch daran, dass er die historisch-konkrete Form von Arbeit, die in der kapitalistischen Produktionsweise als Lohnarbeit auftritt, nicht erkannte und die Logik kapitalistischer Ausbeutung zwar ahnte, sie aber nicht auf den Begriff zu bringen vermochte. Dennoch verstand er die revolutionäre Bedeutung von Arbeit als entscheidendes Produktions- und zugleich Gewaltverhältnis der Moderne. Seine Analyse des Pöbels bezeugt es. Der Pöbel ist Chiffre für die Gespenster der Bürgerlichen, die sie mit ihrem Freiheitspathos freigesetzt haben, ohne imstande zu sein, Freiheit universell zu verwirklichen.

VON HEGEL ZU MARX

Während der Arbeitsprozess — neben der Natur — eine Quelle stofflichen Reichtums von Gebrauchswerten ist, wie Marx feststellt, ist sie zugleich als Verwertungsprozess der Ort sozialer Gewalt, wo zugunsten der Kapitalvermehrung der Körper vernutzt, der Geist entfremdet und der Wille gebrochen wird. Der Pöbel erinnert daran, permanent. Er spiegelt den Bürgerlichen ihr schlechtes Gewissen wider, vor dem sie mit allen Mitteln — vor allem einer Kultur der Verdrängung — fliehen.

Noch bevor Marx kapitalistisch organisierte Gesellschaften einer radikalen Kritik unterzog, hat Hegel uns systematische Denkmittel an die Hand gegeben, um Ereignisse und bürgerliche Bewusstseinsgestalten zu beschreiben. In ihrer Allgemeinheit handelt es sich um Erfahrungen, die auch noch unsere sind. Während zu Hegels Zeiten aber der Pöbel nationales Phänomen war, erzeugt die kapitalistische Weltwirtschaft einen Weltpöbel von ungeheurem Ausmaß. Die Antworten der Herrschenden, nämlich die Kolonisation nach außen, wie es bei Hegel heißt, schlägt heute um in Imperialismus, und die Polizei nach innen um in gewaltige Repressionsmaschinen und inneren Militarismus, sowohl im eigenen Land wie auch an den EU-Grenzen. Die Denkbewegung von Hegel zu Marx wiederherzustellen, bedeutet auch, sämtliche Kämpfe gegen Unterdrückung und Ausgrenzung als verschiedene Seiten eines gemeinsamen Kampfs gegen das System der Unterdrückung und Ausbeutung zu begreifen. So erkannte Marx — auch Lenin — dass in der Erzeugung des Pöbels die Möglichkeit eines sich selbst ermächtigenden Proletariats steckt.

- 1 Eklektizismus meint ein Denken ohne Prinzipien und die ständige Anpassung an ,neue' Strömungen. Sie ist die Geisteshaltung des Opportunismus, vermeidet Einheit und Systematik der Theorie und setzt vielmehr wahlweise aus Teilen unterschiedlicher Theorien eine ,Theorie' zusammen.
- 2 Hegel gibt die Lazzaroni als Beispiel für die Menschen in der bürgerlichen Gesellschaft an, die der Zufälligkeit überlassen sind. Karl Marx beschreibt mit "Lazarusschicht" im Kapital Bd. I die Sphäre der Armen, Prekären und Arbeitslosen innerhalb der arbeitenden Klasse sowie die relative Überbevölkerung, künstlich herbeigeführt durch den Kapitalismus, s. MEW 23, 673.

DAS MÄRCHEN VOM SOZIALSCHMAROTZER

AINHOA DÁVILA WIEGERS ZORA GÜNTHER

Arbeitslosigkeit ist Teil des Kapitalismus. Trotzdem wird mit dem Anspruch auf Arbeitslosengeld Politik gemacht und Hartz IV als Machtinstrument benutzt, um ausgebeutete Arbeitende und Arbeitslose zu spalten.



Die Debatte um das Arbeitslosengeld II (kurz ALG II) ist seit einiger Zeit wieder in das Blickfeld deutscher Medien gerückt. Heiß diskutiert wird dabei vor allem das Versprechen der neuen Bundesregierung, ein sogenanntes Bürgergeld einzuführen. Dieses wird als die innovative soziale Lösung für ALG-II-Beziehende angepriesen — quasi als der neue Weg aus der Armut. Was bei diesem Lösungsansatz allerdings grundlegend fehlt, ist eine tiefer gehende Analyse und Kritik der Ursprünge von Arbeitslosigkeit und ein kritisches Hinterfragen der Funktion dieses Bürgergeldes - oder auch des ALG II. Oft werden arbeitslose Personen dabei selbst für ihre prekäre Situation verantwortlich gemacht: Ihnen wird vorgeworfen, sich nicht genug anzustrengen und in der Arbeitswelt versagt zu haben. Besonders Personen, die ALG II beziehen, haben mit dem Vorwurf zu kämpfen, dass sie doch nur faulenzen und sich der Gesellschaft gegenüber unsolidarisch verhalten würden. Zora kennt diese Stigmatisierungen aus ihrer eigenen Biografie und hat für diesen Artikel auch mit ihrem Vater über seine Erfahrungen als Langzeitarbeitsloser gesprochen. Seine Erfahrungen verdeutlichen ein systematisches Problem, welches auch schon Marx in seiner Analyse des Kapitalismus beschreibt. Wir stellen uns also die Frage, was ein Leben mit ALG II eigentlich bedeutet und aus welchem Grund Menschen, die es beziehen, an den Rand der Gesellschaft getrieben und degradiert werden. Dabei greifen wir auf marxistische Theorie und die Einschätzungen von Gewerkschaften zurück.

EINE ARMEE DER ARBEITSWILLIGEN

In seinem Werk "Das Kapital" aus dem Jahr 1867 argumentierte der Philosoph und Ökonom Karl Marx, dass das Hauptziel von kapitalistischen Unternehmen und ihrer Produktion die Profitmaximierung sei. Die Unternehmen versuchen also, so viel Gewinn zu schöpfen wie möglich, um immer weiter wachsen und mehr produzieren zu können. Diesen Prozess bezeichnet er als Akkumulation. Da alle Unternehmen zueinander in Konkurrenz stehen, versuchen sie einander in diesem Prozess der Akkumulation zu übertrumpfen. Arbeiter_innen sind darauf angewiesen, bei diesen Unternehmen angestellt zu werden, um sich über Wasser halten zu können. Zur Verfügung steht ihnen ausschließlich ihre Arbeitskraft, welche sie gegen Geld anbieten — damit sind Arbeiter_innen den Bedingungen auf dem Arbeitsmarkt nahezu ausgeliefert. Abgesichert sind

sie nur durch staatliche Eingriffe, wie z.B. Gesetze, und die Arbeit von Betriebsräten und Gewerkschaften. Trotzdem stehen sie immer zueinander in Konkurrenz um Arbeitsplätze.

Marx erklärt, dass technischer Fortschritt dazu führt, dass Unternehmen mit gleichem Personal mehr produzieren können. Sie können deshalb sogar Arbeiter_innen entlassen, da diese im Zuge der Automatisierung zunehmend durch Maschinen ersetzbar werden. Das Kürzen von Arbeitsplätzen kann sich für Unternehmen lohnen, um weniger Lohn zu zahlen und damit mehr Gewinn machen zu können. Die Löhne der Arbeiter_innen müssen dabei nicht an den gewonnenen Mehrwert angepasst werden, womit potenziell höhere Gewinne für Unternehmen entstehen.

Das zeigt auf, dass für die Vermehrung des Kapitals zwangsläufig Löhne von Arbeiter_innen gedrückt und schlussendlich auch Menschen entlassen werden müssen. Werden Personen also entlassen oder finden keine Arbeit, so ist dies nicht ihre persönliche Schuld, sondern eine Bedingung und Folge unseres kapitalistischen Wirtschaftssystems. Marx formulierte daher auch die These, dass "ein Kapitalismus mit Vollbeschäftigung [...] immer eine Ausnahme [sei]: Vollbeschäftigung ermöglicht es den Arbeitern und Arbeiterinnen, höhere Löhne durchzusetzen, was dazu führt, dass sich der Akkumulationsprozess verlangsamt und/ oder dass verstärkt arbeitssparende Maschinerie eingesetzt wird, sodass erneut eine industrielle Reservearmee entsteht"1. Die industrielle Reservearmee ist also ein Sammelbegriff für alle, die dazu in der Lage wären zu arbeiten, aber keinen Arbeitsplatz haben. Es sind die Massen an potenziellen Arbeiter_innen, die darauf warten, arbeiten zu können, um sich wieder durch Lohnarbeit zu finanzieren. Daher sind sie auch Konkurrenz für Arbeiter_innen mit Arbeitsplätzen. Unter die industrielle Reservearmee fallen heutzutage auch ALG-II-Bezieher_innen.

WIE SIEHT DER ALLTAG VON ALG-II-BEZIEHENDEN AUS?

Vielleicht stellt sich einigen jetzt die Frage, wie sich so eine Analyse aus dem 19. Jahrhundert heutzutage noch anwenden lässt. Die Antwort darauf finden wir, wenn wir zunächst einmal einen Blick auf die deutsche Sozialpolitik und ihren Umgang mit Arbeitslosen werfen. In der BRD sind momentan rund 2,4 Millionen Personen arbeitslos², 1.559.446 davon leben mit ALG II.³ Das ALG II, auch Hartz IV genannt, ist das "vierte [...] Gesetz

für moderne Dienstleistungen am Arbeitsmarkt"⁴ und wurde 2005 im Bundestag verabschiedet. ALG II soll hilfebedürftigen Erwerbslosen, deren Einkommen unter dem Existenzminimum liegt und die ihren Lebensunterhalt nicht ausreichend aus eigenen Mitteln bestreiten können, helfen, ihre Lebenskosten zu decken.

Langzeitarbeitslosigkeit bedeutet in Deutschland konkret, dass erwerbslose Personen mit einem Regelsatz von 449 Euro pro Monat ihren Alltag finanzieren müssen. Dieser Regelsatz ist, wie verschiedene Sozialverbände schon länger kritisieren, viel zu gering angesetzt und zudem mit Sanktionen und Maßnahmen verbunden. So kommentiert ein Mitglied der Gewerkschaft Freie Arbeiter_innen Union (FAU) aus der Hartz IV-AG Magdeburg die Situation wie folgt: "Wir müssen klar sagen, dass Hartz IV keine Hilfe ist, sondern Armut bedeutet. Die Regelleistung liegt unterhalb der Armutsgrenze und stellt deshalb kein Existenz-Minimum dar". Der Paritätische Wohlfahrtsverband merkt an, dass bei sachgerechter Ermittlung eigentlich ein Regelsatz von 600 Euro an ALG-II- Beziehende ausgezahlt werden sollte.

Um ihren Anspruch auf den Regelsatz von 449 Euro zu behalten, müssen ALG-II-Beziehende sich mit Maßnahmen herumschlagen, die ihnen vom Arbeitsamt aufgebrummt werden. Hier gibt es die unterschiedlichsten "Angebote" wie Bewerbungstrainings, Jobzuweisungen, Weiterbildungen sowie Arbeitsgelegenheiten. Zoras Vater erzählt ihr in einem Gespräch über seinen Lebensalltag als ALG-II-Beziehender: "Das Arbeitsamt versucht immer, die Menschen in irgendwelche Maßnahmen zu stecken. Es gibt Firmen, die dafür zuständig sind — und die vermitteln Leute an Vereine, für die man dann bis zu 6 Stunden für 1,50 Euro [Anm.: pro Stunde] arbeiten muss." Wichtig ist, dass ALG-II-Beziehende eine ihnen vermittelte Arbeit nicht ablehnen dürfen, nur weil sie unter Tarif bezahlt wird oder unter dem ortsüblichen Entgelt liegt. Es gilt das Credo: Jede Arbeit ist zumutbar. Daher gibt es auch keinen Berufs- und Qualifikationsschutz. ALG-II-Bezieher_innen haben somit "[...] keinen Anspruch auf eine Arbeit, die Ihrem erlernten Beruf und Ihren Kenntnissen entspricht. Schlechtere Arbeitsbedingungen und verlängerte Fahrzeiten zur Arbeit müssen hingenommen werden, in manchen Fällen sogar ein Umzug".7 Zudem müssen ALG-II-Bezieher_innen jeden Tag ihre Post durchsehen, um bloß keine "Vermittlungsbemühungen" des Jobcenters zu verpassen und deswegen eventuell nicht zu Terminen zu erscheinen.

Die hier beschriebene Lebensrealität von ALG-II-Beziehenden verdeutlicht also: ALG II ist kein Sozialprojekt. Das durch Steuern finanzierte ALG II dient lediglich dazu, dass die ungenutzte Arbeitskraft – die industrielle Reservearmee – am Leben gehalten wird und einsatzbereit bleibt. Konkret äußert sich diese Praxis in den obligatorischen Maßnahmen und Fortbildungen, die das Jobcenter für ALG-II-Bezieher_innen bereithält. Die Beibehaltung des negativen Status des Arbeitslosengelds ist in gewisser Weise ein Kontrollmechanismus, um Arbeiter_innen davon abzuhalten, ihre Arbeit zu beenden und die Sozialhilfen in Anspruch zu nehmen. Man könnte also behaupten, dass sowohl die Stigmatisierung als auch das Beibehalten der erniedrigenden Bedingungen von ALG-II-Zahlungen notwendig für das Aufrechterhalten einer bestimmten Arbeitsmoral sind. Diese erzwungene Arbeitsmoral lebt von dem Druck, arbeiten zu müssen, da einem sonst die Willkür des Jobcenters und existentielle Armut drohen. ALG II, wie es gerade in der BRD existiert, ist daher Teil einer Praxis, die Arbeiter_innen in stetiger Konkurrenz um Arbeitsplätze hält und die Angst vor dem Verlust der Arbeit anfeuert. Zudem wird durch das ALG II das Aufruhrpotenzial der Massen extrem vermindert, da sie mit dem existenzsichernden Minimum ruhiggestellt werden.

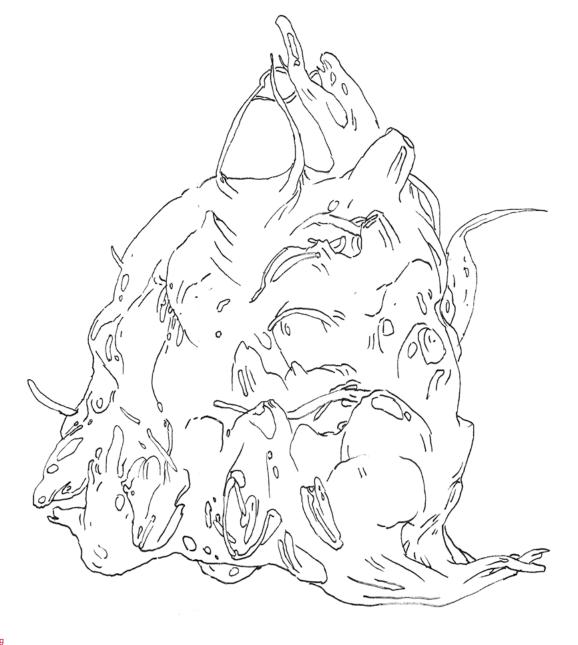
DAS MÄRCHEN VOM FÖRDERN UND FORDERN ODER DIE SPALTUNG DES PROLETARIATS

In einer Debatte zur Reformierung des ALG II sagte der CDUler Kai Whittaker: "Wer die Hilfe der Gemeinschaft in Anspruch nimmt, hat auch die Verantwortung, schnell aus dieser Hilfe wieder herauszukommen; denn am Ende müssen diese Leistungen auch durch Steuern bezahlt werden, übrigens auch und gerade von Menschen, die wenig Geld verdienen. Sanktionen treffen die, die sich dieser Solidarität verweigern. [...] Eine Politik, die nur noch fördert und nichts mehr fordert, war nie unsere Politik, ist es nicht und wird es nie werden".8 Die Argumentation der CDU versucht hier eine Spaltung zwischen Arbeiter_innen und Arbeitslosen, die durch die Stigmatisierung von ALG-II-Bezieher_innen entsteht. Die Stilisierung von ALG-II-Bezieher_innen als Sozialschmarotzer_innen und Steuerverschwender_innen und somit als Belastung für die Gesellschaft führt zu einer Spaltung und der damit einhergehenden verminderten Solidarität zwischen Arbeiter_ innen und Arbeitslosen. Damit wird von den wahren Problemen der Arbeiter_innen abgelenkt, und zwar, dass es immer unsichere und schlechtere Arbeitsbedingungen gibt, Minijobs und unsichere Arbeitsverhältnisse weiter ausgebaut werden, der Mindestlohn durch Outsourcing umgangen wird und noch vieles mehr. Arbeiter_innen wird lieber suggeriert, dass die Steuerabzüge von ihrem Lohn von ALG-II-Bezieher_innen verschwendet werden. Zoras Vater beschreibt es so: "Es ist kein entspanntes Leben, sondern ein Leben unter permanentem Druck. Dieser Druck wird auch durch das Umfeld permanent aufgebaut. Wenn man nicht im System ist, dann ist man ein Außenseiter." Diesen Außenseiter_innen oder Randgestalten der Gesellschaft machte auch Marx den Vorwurf, dass sie aufgrund ihrer Entfremdung zur Lohnarbeit kein revolutionäres Potenzial aufweisen würden. Er bezeichnete sie als 'Lumpenproletariat'. Wir wollen diesem Vorwurf widersprechen und anmerken, dass Arbeiter_innen und Arbeitslose nicht in einem Gegensatz verstanden werden sollten, sondern als Teil einer Gruppe, die davon abhängig ist, ihr Leben durch entfremdete Arbeit zu finanzieren. Es ist grade deshalb wichtig, Allianzen zu bilden, um als Arbeiter_innenklasse Schlagkraft und Durchsetzungsfähigkeit zu erlangen und nicht in ewig kleinere Splittergruppen zu zerfallen. In Berlin zeigt die Initiative BASTA!9 wie solch eine Allianz funktionieren kann. Sie hat sich auf die Beratung und Unterstützung bei der Auseinandersetzung mit dem Jobcenter oder Sozialgericht spezialisiert und bietet eine Anlaufstelle für ALG-II-Empfänger_innen.

UND JETZT?

Wir wollen mit diesem Text verdeutlichen, dass ALG II perfekt in die Maschinerie des Kapitalismus passt, da es diesen durch verschiedene Funktionen am Leben erhält und Menschen damit einhergehend systematisch entmündigt. Uns ist es hierbei wichtig, eine fundamentale Kritik am bestehenden Diskurs und am System des Kapitalismus zu formulieren. Was wir nicht wollen, ist, das gute Arbeitslosengeld zu erfinden oder ihm einfach einen neuen Namen zu geben. Ob das neue Bürgergeld nun sanktionsfrei ist oder nicht — es bleibt eine Reform, die das Grundproblem nicht lösen wird. Arbeitslosigkeit und Armut werden immer zu einem System gehören, das auf Profitmaximierung und nicht auf das Wohlergehen der Menschen ausgelegt ist. Uns ist wichtig, dass Individuen sich nicht selbst für ihre miserable Situation verantwortlich machen, sondern das System hinter der Verarmung verstehen. Zora hat die Beschäftigung mit Theorien und Kritiken am Kapitalismus geholfen, sich selbst, ihr Aufwachsen und ihre Eltern besser zu verstehen. Denn manchmal hilft das Verständnis einer Ungerechtigkeitserfahrung dabei, mit dieser umzugehen und sich gegen falsche Anschuldigungen und Beleidigungen zu wehren. Die Auseinandersetzung mit und ein Bewusstsein für die eigene Position innerhalb der Gesellschaft helfen ebenso dabei, die Wut zu bündeln und die daraus resultierende Kraft in gemeinsame Organisierung und Aktion zu stecken. Damit wir gemeinsam für ein besseres und gerechteres Leben kämpfen können!

- Michael Heinrich: Kritik der politischen Ökonomie. Eine Einführung., 2018, S.126.
- 2 Bundesagentur für Arbeit: Monatsbericht zum Arbeits- und Ausbildungsmarkt im Januar 2022, online unter: www.arbeitsagentur.de
- 3 Bundesagentur für Arbeit: Arbeitslosenquoten im Januar 2022 Länder und Kreise, online unter: www.arbeitsagentur.de
- 4 Viertes Gesetz für moderne Dienstleistungen am Arbeitsmarkt ("Hartz IV"), 24.12.2003, online unter: www.bmas.de
- 5 Redaktion der Direkten Aktion: Wenn alle das wüssten. Interview mit einem Mitglied der Hartz 4-AG der FAU Magdeburg, 24.12.2003, online unter: www.direkteaktion.org
- **6** Der Paritätische: Hartz IV: Paritätischer kritisiert geplante Anpassung der Regelsätze um drei Euro als "lächerlich gering" und warnt vor realen Kaufkraftverlusten, 26.08.2022, online unter: www.der-paritaetische.de
- 7 Der Paritätische: Arbeitslosengeld 2 für Geringverdiener und Erwerbslose
 Hartz IV Grundsicherung, 2020, online unter: www.der-paritaetische.de
- 8 Deutscher Bundestag: *Plenarprotokoll*, 16.12.2021, 6. Sitzung, S.434.
- **9** Mehr zur Erwerbslosenintiative BASTA! online unter: <u>www.basta.blogsport.eu</u>



WI(E)DER, WILDE' STREIKS

MAX Muszak

Wirft man aus juristischer Perspektive einen (Rück)Blick auf die Streiks, die insbesondere im letzten Jahr bei Lieferdiensten wie Gorillas stattgefunden haben, lassen sich Kontinuitäten aus der NS-Gesetzgebung aufzeigen.

Arbeitskämpfe haben immer schon heftige Angriffe gegen Arbeiter_innen provoziert, auf verschiedenen Ebenen und von verschiedenen Seiten. In Deutschland zeigen sich bei diesen Repressionen bis heute Kontinuitäten aus dem Nationalsozialismus, die hier mit Blick auf die juristische Ebene aufgezeigt werden sollen. Denn der Kampf gegen den Widerstand von Arbeiter_innen wird nicht nur auf der Arbeit oder Straße geführt, sondern auch innerhalb des Gesetzes. Verschiedene Akteur_innen in Staat, Hochschulen und anderen ausbeuterischen Konzernen greifen seit Bestehen des Grundgesetzes die dort den Arbeiter_innen garantierten Freiheiten an. Angegriffen wird dabei das Recht von Arbeiter_innen, gegen ihre eigene Ausbeutung zu kämpfen.

RECHT(LICH)E ANGRIFFE AUF ARBEITER_INNEN

Juristische Attacken kommen einerseits von Richter_innen mithilfe des sogenannten "Richterrechts",1 also der "Rechtsfortschreibung" von Gesetzen in Form von richterlichen Urteilen. Das bedeutet, dass konservative oder rechte Richter_innen in Gerichtsverfahren das Grundgesetz in ihrem Sinne auslegen, Entscheidungen zumeist zu Ungunsten von Arbeiter_innen treffen und damit Präzedenzfälle dafür schaffen, dass zukünftig im Rechtsfall gegen Arbeiter_innen entschieden wird. Ergänzt wird diese Praxis durch Juraprofessor_innen an Hochschulen, die per Kommentar, Gutachten und wissenschaftlichem Diskurs eine vermeintlich neutrale Legitimation für bestimmte Gesetzesdeutungen vorlegen. Richter_innenrecht und Rechtswissenschaft können so bestimmte Meinungen rechtlich geltend machen, die jedoch vom ursprünglichen Sinn der (Grund-)Gesetze abweichen können. Einige Akteur_innen verklären also Gesetze dermaßen, dass sie deren Intention umkehren. So werden aus Freiheiten Verbote, ohne dass sich ein Wort des Gesetzes ändert. Es ändert sich nur die 'herrschende Meinung' über dieses Gesetz.

Einige wenige Menschen in bestimmten Positionen, die nur verzögerter, indirekter und eingeschränkter demokratischer Kontrolle unterliegen, sind also fähig, den grundgesetzlichen Schutz des Streiks umzudeuten. Die grundsätzlich politische Meinung einiger weniger, dass "Arbeitskämpfe im Allgemeinen unerwünscht" seien, wird damit rechtlich geltend gemacht. In Deutschland hat dies insbesondere dazu geführt, dass das Streikrecht auf gewerkschaftlich geführte Tarifstreiks eingeschränkt wurde.

So wurde aus einer den Arbeiter_innen im Grundgesetz garantierten Koalitionsfreiheit ein Verbot von "nicht-gewerkschaftlichen", 3 "verbandsfreien", "unorganisierten", "spontanen" oder "wilden" Streiks. Selbstorganisierte Kämpfe von Arbeiter_innen wurden damit illegalisiert. Dabei ist es kein Zufall, dass zur rechtlichen Delegitimierung von Streiks, die eben mehr als nur Tarifverhandlungen umfassen, solche klassistischen und vor allem rassistischen Begriffe in Anschlag gebracht werden: die NS-Ideologie schreibt sich bis in die heutige Rechtsprechung fort.

KONTINUITÄTEN AUS DER NS-ZEIT

Speziell aus der Nachkriegszeit wirken bis heute arbeiter_innenfeindliche, grundrechtseinschränkende Gutachten und Urteile von Professoren und Richtern mit NS-Vergangenheit in Arbeitsgerichten und Hochschulen fort. Maßgeblich hierfür war die sogenannte "Viererbande" von "Nazi-Juristen" um Hans Carl Nipperdey.4 "Die Hauptprotagonisten der im Arbeitsrecht 'herrschenden Meinung' waren in den letzten 40 Jahren die Professoren Hans Carl Nipperdey, Alfred Hueck und Rolf Dietz. Daneben noch Arthur Nikisch. Sie waren sämtlich bekennende Nationalsozialisten (wenngleich nicht alle formelles Mitglied der NSDAP) und überwiegend in der 'Deutschen Akademie für Recht' engagiert."5 Hans Carl Nipperdey, der erste Präsident des Bundesarbeitsgerichts (BAG), "gehörte zu den führenden Rechtswissenschaftlern, welche die Anpassung des Arbeitsrechts an die Ideologie des Nationalsozialismus vorantrieben. Nipperdey war Mitverfasser des 'Arbeitsordnungsgesetzes' von 1934, des ,Kernstück[s] des nationalsozialistischen Arbeitsrechts."⁶ Diese ,Anpassung' war ein breiter Angriff auf Arbeiter_innen und deren Möglichkeiten zur Interessenvertretung in Form von Arbeitskämpfen, Betriebsräten und anderen Vereinigungen, also Koalitionen (auch Gewerkschaften genannt).

Die Übernahme von Nipperdey's Ansichten durch Arbeitsgerichte und Hochschulen spaltet und schadet bis heute Arbeiter_innen. Denn Nipperdey legte ein enges Korsett um Koalitions- und Arbeitskampfformen. Die "Viererbande" schaffte es zwar nicht, Arbeiter_innenvereinigungen und Arbeitskämpfe gänzlich abzuschaffen. Aber durch die Einschränkung des Arbeitskampfes auf den Tarifkampf weniger etablierter (also DGB-) Gewerkschaften, illegalisierten diese "Nazi-Juristen" viele andere Widerstandsund Organisationsformen von Arbeiter_innen.

DIE ÜBERNAHME VON NIPPERDEYS ANSICHTEN IN DER RECHTSSPRECHUNG SCHRENKT EIN ...

Wer legal streiken kann: Er sprach nur etablierten (DGB-)Gewerkschaften das Streikrecht zu. Damit spaltete Nipperdey Arbeiter_innen und erschwerte ihre Selbstorganisation. Der Fokus der (DGB-)Gewerkschaften auf Wirtschaftlichkeit und deren damit einhergehende (Selbst-)Beschränkung auf "Kernbelegschaften" (festangestellte Vollzeitarbeiter_innen) illegalisierte Arbeits- und Organisationsformen von Arbeiter_innen mit geringen Einkommen oder prekären Arbeitsverhältnissen in neuen Ausbeutungsformen. Durch diese Monopolisierung des Streikrechts schränkten fortan DGB-Gewerkschaften Arbeitskämpfe außerhalb ihrer Organisationsbereiche ein.

Wie legal gestreikt werden kann: So sollten Arbeitskämpfe sozialadäquat sein. "Zu sozialadäquaten Streiks gehörte für Nipperdey der Sympathiestreik⁸, nicht aber der politische Streik⁹".¹⁰

Gegen wen legal gestreikt werden kann: "Politische" Streiks, die sich nicht gegen Konzernleitungen, sondern gegen Akteur_innen außerhalb des Betriebs (zum Beispiel gegen Gerichte, Hochschulen oder andere staatliche Akteur_innen) richteten, versuchte Nipperdey zu verunmöglichen.

Wofür legal gestreikt werden kann: Er behielt sich und seinesgleichen vor, Gesetze der eigenen Meinung entsprechend zu ändern. Arbeiter_innen jedoch wurde verboten, durch Arbeitskämpfe auf die 'herrschende Meinung' oder Gesetzgebung einzuwirken. "Der Streik dürfe nicht darauf gerichtet sein, den Staat oder ein sonstiges 'Subjekt hoheitlicher Gewalt' zu einem hoheitlichen Tun zu zwingen. Der sogenannte politische Streik (etwa eine Arbeitsniederlegung mit dem Ziel einer gesetzlichen Ausdehnung der Mitbestimmung) ist nach dem Bundesarbeitsgericht verboten".11

Wann legal gestreikt werden kann: "Der Streik darf auch nicht dem Verhältnismäßigkeitsgrundsatz widersprechen: Arbeitskämpfe dürfen nur insoweit durchgeführt werden, als sie zur Erreichung rechtmäßiger Kampfesziele und des nachfolgenden Arbeitsfriedens geeignet und sachlich erforderlich sind. Jede Arbeitskampfmaßnahme dürfe nur nach Ausschöpfung aller Verständigungsmöglichkeiten ergriffen werden". 12 Was dabei aber 'rechtmäßige Kampfesziele' beziehungsweise eine 'Ausschöpfung aller Verständigungsmöglichkeiten' darstellt, wurde natürlich nicht gemeinsam, erst recht nicht von den Arbeiter_innen entschieden: die Entscheidungsmacht lag bei den politisch voreingenommenen Richter_innen und Jurist_innen.

VERUNMÖGLICHUNG UND DIFFAMIERUNG VON WIDERSTAND

All diese Einschränkungen zeigen die Stoßrichtung der nationalsozialistischen Ideolog_innen: eine umfassende Verunmöglichung von Widerstands- und Organisationsformen von Arbeiter_innen innerhalb und außerhalb von Betrieben, und somit die Umkehrung der Koalitionsfreiheit in ein generelles Streikverbot, das Streiks in der Regel ausschließt und nur ausnahmsweise zulässt. Zudem trugen die verschiedenen rechtlichen Schritte dazu bei, zwischen legalen und illegalen beziehungsweise eben sogenannten "Wilden Streiks" zu unterscheiden.

Solche "wilden" Streiks sind im letzten Jahr insbesondere mit den Streiks beim Lieferdienst Gorillas wieder öffentlich bekannter geworden. Als Reaktion auf eine Entlassungswelle und anhaltende Verschlechterungen der Arbeitsbedingungen, insbesondere der prekarisierten Fahrer_innen, hatten sich diese spontan dazu entschieden, die Arbeit (ohne Einbindung in gewerkschaftliche Tarifverhandlungen o.Ä.) niederzulegen. Damit erreichten sie teilweise sogar die Wiedereinstellung einiger Kolleg_innen.

Die Firmenleitung versuchte, jegliche Organisierung der Arbeiter_innen durch Unionbusting und Councilcrashing (Betriebsratsbehinderung) zu verunmöglichen. Die Fahrer_innen der Lieferdienste sind mehrheitlich junge, migrantisierte Personen, oft mit befristeten Arbeitsvisa, häufig auch ausländische Studierende: eine Gruppe an Menschen also, die prekär und von Rassismus betroffen ist, aber oft auch gebildet und der eigenen Rechte, in jedem Fall jedoch des ihnen in Deutschland widerfahrenden Unrechts und der Ausbeutung ihrer Arbeitskraft und Lebenszeit bewusst.

RASSISMUS IM BEGRIFF DER, WILDEN' STREIKS

Aussagen wie "Wilde Streiks sind illegal", die heute in der Berichterstattung wieder fallen, stehen in der Tradition der Angriffe von NS-Ideolog_innen auf Streiks im Besonderen und auf die freiheitlichen Grundrechte von Arbeiter_innen im Allgemeinen. Sie stehen in einer Tradition, die durch sexistische, ableistische, rassistische und klassistische Spaltung Arbeiter_innen isoliert und in rechtsfreie Räume stellt, ihre Handlungsmöglichkeiten illegalisiert und es ihnen verunmöglicht, gegen ihre Ausbeutung (legal) zu kämpfen.

Insbesondere die Wiederaufnahmen der Diffamierung der "wilden" Streiks verweisen auf repressive rassistische Rhetoriken. Denn wer von "wilden" Streiks redet, redet bald auch von "wilden" Arbeiter_innen und schnell nur noch von "Wilden (Streik-) Kulturen", die "fremde" Arbeiter_innen nach Deutschland bringen. Von anpassungsunfähigen Exot_innen, die Verhaltensweisen aus ihrer "Heimat" in unserer "Heimat" weiter pflegen. Belege für Ansätze auf größtenteils vermutlich unbewusste Anknüpfungen an rassistische Argumentationsmuster finden sich in Artikeln über die in die Streiks involvierten Arbeiter_innen der Lieferdienste zu genüge. 13

Wer sagt, dass die Arbeiter_innen bei Gorillas ihre "wilden' Streiks aus ihren "Herkunftsländern' mitgebracht hätten, sollte sich fragen, ob sie auch ihr abgelaufenes halbjahres "Work and Travel' Visum, ihre illegalen "short-term' Untermietverträge und ihre während der Probezeit unbehandelten Arbeitsunfälle mitbringen? Wohnen die, die vorher oftmals bei ihrer Familie oder Verwandten gewohnt haben, hier zur Untermiete oder ohne Mietvertrag, weil sie das von der "Heimat" so gewohnt sind? Lassen sie "bei sich" ihre Verletzungen auch — aus Angst davor, gekündigt zu werden — unbehandelt oder weil sie zu Hause keine Ärztin finden, die ihre Sprache spricht?

Anders gefragt: Wenn es an der Herkunft liegt, dass 'die' alle so 'wild' streiken, warum streiken dann keine von denen 'wild', die mehr Kohle verdienen, einen längerfristigen Aufenthaltsstatus haben und sich nicht von Untermietvertrag zu Untermietvertrag durchbetteln müssen?

Es sind migrantisierte und prekarisierte Arbeiter_innen, die in Deutschland genau dort ihren Platz finden, wo in deutschen Ausbeutungsstrukturen für sie Platz gelassen wird: in der Illegalisierung. Diesen Arbeiter_innen wird keine Wahl gelassen. Was ihnen übrig bleibt: Beschissene Rechts- und damit Aufenthalts-, Wohn- und Arbeitsverhältnisse. NS-Ideolog_innen haben die Illegalität dieser Arbeiter_innen geschaffen, auf welche die deutsche Gesellschaft dann doch ganz gerne zurückgreift — wenn man zu faul ist, abends zu kochen, und sich lieber etwas zu essen bestellt. Während Kartoffelgewerkschaften sie "unorganisierbar" nennen, bleibt diesen Arbeiter_innen in einem Land, das auf Grundlage von nationalsozialistischer Ideologie Recht spricht, schlicht nichts anderes, als weiter "wilde" Streiks zu führen.

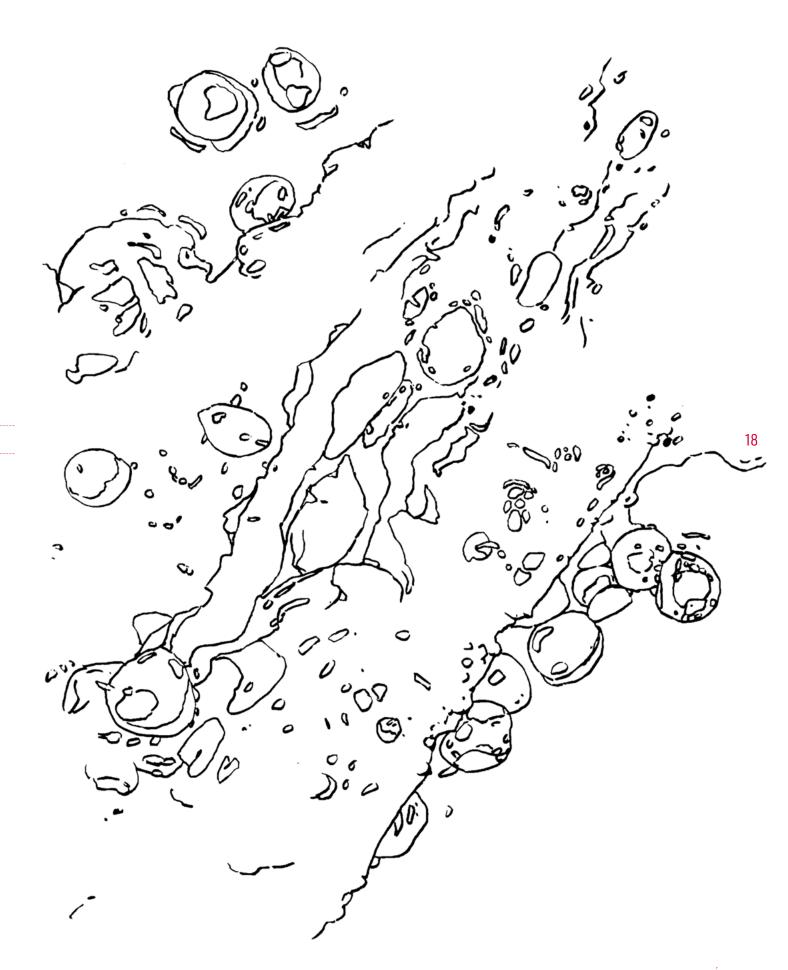
Wie lange können sich deutsche Gerichte, Gewerkschaften und Gelehrte statt an europäischem und internationalem Recht weiter kontinuierlich an NS-ideologischen, juristischen Verengungen von Koalitionsfreiheit und Streikrecht festhalten und damit Arbeiter_innen in die Illegalität zwingen? Wann heißt es endlich wieder: Bis hierhin und nicht weiter!?

Zur weiteren Lektüre:

Nikolas Lelle: *Arbeit, Dienst und Führung. Der Nationalsozialismus und sein Erbe.*Verbrecher Verlag, 420 Seiten.

30€

- Erklärung zum Begriff Richterrecht, 14.12.2021, online unter: www.juraforum.de
- 2 Rolf Geffken: Faschismus im Arbeitsrecht, in: Rat & Tat Infos 313, online unter: www.drgeffken.de
- siehe hierzu: Martin Hensche: Streik und Streikrecht, in: Handbuch Arbeitsrecht, 26.11.2021, online unter: www.hensche.de
- 4 Rolf Geffken: Der Professor und die Viererbande, 2021, online unter: www.freitag.de
- 5 Rolf Geffken: Faschismus im Arbeitsrecht, in: Rat & Tat Infos 313, online unter: www.drgeffken.de
- 6 Hans Carl Nipperdey, online unter: www.wikipedia.de
- 7 "Der neue Grundsatz sollte das gefürchtete Aufkommen aktiver kleinerer und radikaler Arbeitnehmerorganisationen verhindern ein charakteristisches Beispiel für das Wirken des einflussreichen Präsidenten." zitiert aus: Ulrich Preis: Hans Carl Nipperdey mythische Leitfigur des herrschenden deutschen Arbeitsrechts, in: Arbeit und Recht 5/2016, 2016, online unter: www.hugo-sinzheimer-institut.de
- 8 Sympathiestreiks oder auch Unterstützungsstreiks führen Arbeiter_innen eines Betriebs um den Streik eines anderen Betriebs zu unterstützen.
- 9 Als Politische Streiks werden Arbeitskämpfe verstanden, die mehr betreffen als innerbetriebliche Regelungen. Sie verfolgen politische Ziele und richten sich an Politik oder Gesellschaft insgesamt. Eine Form des politischen Streiks ist der Generalstreik, also der generelle Massenstreik von Arbeiter_innen vieler Betriebe, ganzer Branchen oder vieler Wirtschaftszweige. Politische Streiks können auch von Akteur_innen geführt werden, die rechtlich nicht als Arbeiter_innen eingeordnet werden, zum Beispiel: Schulstreiks, Studistreiks. Ziele von politischen Streiks beschränken sich nicht nur auf wirtschaftliche Ziele oder Arbeiter_innen, sondern können die gesamte Gesellschaft betreffen, wie z.B. Klimastreiks oder feministische Streiks.
- 10 Ulrich Preis: Hans Carl Nipperdey mythische Leitfigur des herrschenden deutschen Arbeitsrechts, in: Arbeit und Recht 5/2016, 2016, online unter: www.hugo-sinzheimer-institut.de
- 11 Arnold Köpcke-Duttler: Gedanken zum Recht des politischen Streiks, online unter: www.ra-koepcke-duttler.de
- **12** ebd.
- 13 siehe hierzu beispielsweise:
 - · Peter Nowak: *Streik als Arbeitskampf*, 10.11.2021, online unter: <u>www.direkteaktion.org</u>
 - · Nina Scholz: *Gorillas motzen die deutsche Streikkultur auf*, 16.10.2021, online unter: <u>www.freitag.de</u>
 - · Eva Kocher: *Gorillas im Arbeitskampf*, 21.10.2021, online unter: www.verfassungsblog.de



DER ZYKLUS DER ABWERTUNG

MORITZ ASCHEMEYER

Immer mehr Beschäftigte werden durch Algorithmen bei der Arbeit getrackt und kontrolliert. Über die politökonomischen Ursachen dieses Trends, die Auswirkungen auf den Arbeitsprozess und neue Möglichkeiten und Ressourcen des organisierten Widerstands sprach die HUch mit dem Soziologen Simon Schaupp.

INTERVIEW MIT SIMON SCHAUPP

Wenn man als Laie an algorithmische Arbeitssteuerung denkt, hat man vielleicht das Bild von Fahrradkurier_innen im Kopf, die per Handy Anweisungen bekommen. Was verstehen Sie unter dem Begriff und in welchen Branchen tritt algorithmische Arbeitssteuerung vor allem auf?

Algorithmische Arbeitssteuerung bezeichnet den Fall, in dem Menschen bei der Arbeit Anweisungen von einer Software bekommen und von dieser anstatt von Menschen kontrolliert werden. Dieser Arbeitsprozess wird sehr stark mit der Plattformarbeit¹ assoziiert, doch das ist falsch. Weder kommt er von dort noch wird er nur dort angewandt. In der Industrie und Logistik wird schon recht lange mit digital gesteuerten Arbeitsprozessen gearbeitet. Eine repräsentative Umfrage vom DGB-Index "Gute Arbeit" hat gezeigt, dass eine Mehrheit der Beschäftigten in Deutschland mit digital gesteuerten Prozessen arbeitet. Das Ausmaß davon ist unterschiedlich. Ich habe Beschäftigte in der manuellen Arbeit untersucht, die ausschließlich mit solchen Prozessen kontrolliert werden. Neben den Kurierdiensten ist etwa die Arbeit im Online-Versandhandel in den Warenlagern ein weiteres Beispiel. Das ist technisch recht simpel. Die Beschäftigten erhalten Handscanner, die anzeigen, wohin sie gehen und was sie aufheben müssen. In der Montage ist das typischerweise so, dass man ein Display vor sich hat, auf dem Bilder oder Texte mit detaillierten Arbeitsanweisungen angezeigt werden. Die zweite Gemeinsamkeit neben den Anweisungen ist das Tracking der Arbeit. Bei den Kurieren oder in den Warenlagern geschieht das durch GPS-Lokalisierung und bei den Werkerleitsystemen im Industriebereich zum Beispiel dadurch, dass die Zehntelsekunden zwischen den einzelnen Arbeitsschritten jeweils gestoppt werden, um so genau eruieren zu können, wo Arbeiter_innen Verzögerungen haben und Arbeit verdichtet werden kann.

Woran liegt es, dass die algorithmische Arbeitssteuerung attraktiv geworden ist?

Makroökonomisch lässt sich seit Mitte der 1970er-Jahre ein Absinken der Investitionsquoten in die Produktion beobachten. Profite aus der Produktion werden weniger in sogenanntes produktives Kapital reinvestiert, also beispielsweise Maschinen, sondern tendenziell eher auf Finanzmärkte verschoben, weil das



Kapital dort weniger fixiert und teilweise auch profitabler angelegt ist. Das liegt daran, dass es auch bei hohen Profiten ein Risiko darstellt, Produkte überhaupt verkaufen zu können. Das ist eine krisenhafte Entwicklung, weil die kapitalistische Produktion rationalisiert werden muss und nicht stationär bleiben kann. Deswegen wird viel darüber diskutiert, dass die Arbeitsproduktivität nicht mehr so steigt wie früher. Das sind alles Anzeichen dafür, dass es entgegen dem Hype wenig Investitionen in Automatisierung und Robotik gibt. Der Hype geht von dem aus, was technisch möglich ist. Das ist aber ökonomisch nicht attraktiv, insbesondere nicht in Deutschland, weil es hier einen sehr großen Niedriglohnsektor gibt. Daher gibt es die Tendenz der Einbindung von Niedriglohnarbeit in diesen Bereichen: der sogenannten Einfacharbeit, insbesondere der manuellen Arbeit. Das geht durch algorithmische Arbeitssteuerung sehr gut. Man kann Leute fernsteuern und muss dafür nicht am selben Ort sein. Man kann sprachlich konfigurierbare Systeme einrichten und einsetzen, sodass die Beschäftigten nicht einmal mehr die lokale Sprache sprechen müssen. Zudem ist es interessant, dass genau die Branchen, die als Hightech-Branchen gelten, dezidiert Geschäftsmodelle entwickeln, die viel menschliche Arbeit benötigen. Im Online-Versandhandel oder bei Essenslieferdiensten gibt es in Bezug auf Produktivität — also dem notwendigen Arbeitsinput im Vergleich zum Output - einen extremen Rückschritt. Es ist völlig falsch davon auszugehen, dass dabei die Produktivkräfte auf besondere Weise entwickelt würden. Vielmehr geht es lediglich um die Absorption von viel menschlicher Arbeit.

Was folgt aus dieser ökonomischen Situation für die Beschäftigten in diesen Branchen?

Ich verwende hierfür den Begriff der kybernetischen² Proletarisierung, der sich von einem Szenario der technologischen Arbeitslosigkeit abgrenzt. Denn die Leute werden nicht arbeitslos, sondern müssen in sehr schlechten Arbeitsverhältnissen arbeiten. Das folgt einem Zyklus, in dem verschiedene Abwertungsmechanismen aufeinander folgen. Zunächst wird die Arbeit dadurch dequalifiziert, dass man detaillierte Anweisungen gibt. Damit fällt das Niveau der Ausbildung, was die Lohnkosten drückt und den flexiblen Einsatz der Arbeitskräfte ermöglicht. Wenn die Arbeitskräfte nicht eingearbeitet werden müssen, ist es viel attraktiver für Unternehmen, eine Politik des Anheuerns und Feuerns zu betreiben oder Beschäftigte zwischen

verschiedenen Arbeitsstationen zu verschieben. Die zweite Stufe ist eine Arbeitsverdichtung, in der diese dequalifizierten Arbeitsprozesse nochmal intensiv getrackt werden und sogenannte Totzeiten wie Pausen oder Standzeiten erkannt werden. Das Ziel hierbei ist, dass mehr Arbeit in derselben Zeit verausgabt wird, was wiederum auch eine Form der Verdrängung menschlicher Arbeit aus dem Produktionsprozess darstellt. Und der dritte Schritt - wenngleich dieser am seltensten vorkommt ist, dass auf Basis der Daten aus dem menschlichen Arbeitsprozess automatische Systeme programmiert werden. Ein Beispiel hierfür wäre, dass die Daten von Intralogistikern³ benutzt werden, um fahrerlose Transportsysteme zu entwickeln. Diese drei Faktoren stellen eine qualitative und quantitative Verdrängung menschlicher Arbeit dar. Diese führt nicht dazu, dass alles automatisiert wird, sondern dazu, dass ein neuer Zyklus beginnt und noch mehr menschliche Arbeitskraft integriert wird, jedoch in abgewerteter Form. Das ist die objektive Seite der kybernetischen Proletarisierung. Auf der subjektiven Seite zeigt sich, dass sich unter den betroffenen Beschäftigten innerhalb der Unternehmen eine Art proletarischer Subkultur herausgebildet hat, die sich stark von anderen Tätigkeiten im Unternehmen abgrenzt, insbesondere vom Management.

Und wie ergeht es in diesem Prozess dem Management?

Das Ziel dieser Systeme ist, dass die Manager_innen oder Teamleiter_innen durch eine Software ersetzt werden. In dem Bereich fallen die Jobs auch weg und das führt dann dazu, dass sie entweder proletarisiert werden und nach unten in die Ausführung rutschen oder aber in die andere Richtung oben ins strategische Management aufsteigen. Insofern korrespondiert das mit Polarisierungstendenzen, die sich auf dem gesamten Arbeitsmarkt zeigen.

Wie sieht der Widerstand seitens der Beschäftigten aus und welche Machtressourcen stehen dabei zur Verfügung?

Es gibt einen sehr stark angekurbelten Diskurs darüber, dass diese Form der Arbeit überwacht und atomisiert sei und Arbeiter_innen deshalb dort nicht organisiert werden können. Das ist falsch, denn in diesem Bereich gibt es mehr Arbeitskämpfe. Ein Kollege von mir hat für England berechnet, dass in der digitalen Lieferbranche über 60 Prozent mehr Arbeitstage im Jahr an Streiks verloren gehen als im Rest der Ökonomie. Die Abwertung ist ein konflikthafter Prozess. Wenn die Beschäftigten merken, dass ihre Arbeitsbedingungen schlechter werden, steigt die Wahrscheinlichkeit von Konflikten, was selbst schon eine Machtressource für die Organisierung sein kann. In der Alltagspraxis zeigt sich, dass diese Systeme manches besser überwachen können als menschliche Vorgesetzte, anderes hingegen gar nicht. In der Fabrik, in der ich gearbeitet habe, wurde ein Teamleiter durch ein Arbeitsleitsystem ersetzt. Das konnte tracken, wie schnell ich arbeite, aber es konnte nicht feststellen, ob ich mit meinem Sitznachbar quatsche, was davor verboten war. Dadurch konnten wir uns intensiv über Probleme austauschen. Bei den Fahrradkurieren ist das viel extremer, weil die gar keinen gemeinsamen Arbeitsort mit dem Management haben und es deswegen weder Einbindung in Unternehmensideologie noch persönliche Kontrolle gibt. Deswegen ist die Organisierung diesbezüglich viel einfacher als in anderen Unternehmen, weil man die Arbeitszeit selbst nutzen kann, um Betriebsgruppen zu gründen oder Betriebsräte vorzubereiten. Eine andere Machtressource ist die Verwundbarkeit von digitalen Infrastrukturen selbst. Die Beschäftigten können die meisten digitalen Technologien manipulieren oder umgehen. Mit der Folge, dass ganze Technologien dann doch nicht implementiert werden. Auf größerer Ebene, etwa in der Industrie, lässt sich der digitalen Rationalisierung von Lieferketten durch Streiks und Produktionsstörungen viel stärkerer Druck ausüben, da die Lieferketten stark integriert sind. Wenn irgendwo gestreikt wird, steht dann nicht

nur eine Fabrik, sondern ein ganzer Sektor still. Ein Problem ist dabei die Ersetzbarkeit von Arbeiter_innen. Das hat man beim Gorillas-Streik letztes Jahr gesehen, als das Unternehmen die Konsequenz gezogen hat, hunderte Beschäftigte auf einmal zu entlassen, was sich ein normales Unternehmen aufgrund der extremen Suchkosten für Neueinstellungen nicht leisten könnte. Insbesondere in der Industrie ist es außerdem so, dass die Gewerkschaften sich auch selbst für die Digitalisierung einsetzen. Dann kommt es zu einem Technokorporatismus⁴, bei dem ein Digitalisierungskonsens zwischen Arbeitgeber_innen und Gewerkschaften herrscht und die Gewerkschaften sich auch ganz konkret an der Implementierung von algorithmischer Arbeitssteuerung beteiligen.

Wie verkaufen die Gewerkschaften oder Betriebsrät_innen das an die Basis?

Betriebsrät_innen sind ja einerseits auf den Betriebsfrieden verpflichtet, können also nicht zum Streik aufrufen, sondern sind Akteur_innen im Betrieb und deswegen auch darauf verpflichtet, sich nicht prinzipiell der Rationalisierung zu versperren. Neben der Arbeitsplatzsicherheit kommen auch Argumente der verbesserten Ergonomie durch technologische Aufwertung der Infrastruktur zum Einsatz.

Gibt es denn auch Aspekte, die für die Interessen der Beschäftigten positive Elemente beinhalten?

Ein wichtiger Punkt ist eine Art Quantifizierung von unten. Wenn die Belegschaft die erhobenen Daten miteinander teilt, kann man den Vorgesetzten gegenüber darauf hinwirken, dass Beschäftigte nicht gegeneinander ausgespielt werden. Das wird auch international gemacht, etwa bei dem Onlineversandhändler, den ich untersucht habe.

Was sind für Sie neben dem Datenbesitz noch zentrale aktuelle oder potenzielle Konfliktfelder, die sich mit algorithmischen Arbeitssteuerungssystemen verbinden?

Arbeitszeit ist ein zentraler Punkt. Die Kontrolllogik, die mit der algorithmischen Arbeitssteuerung einhergeht, ist meistens ein kybernetisches Kontrollmodell, wo die Arbeiter_innen Feedback zu ihrer Tätigkeit bekommen und dieses dann optimieren sollen. Hier handelt es sich also nicht um die klassische, repressionsbasierte Überwachung, sondern die kybernetische Kontrolle führt zu einer Arbeitsverdichtung, worunter die Beschäftigten leiden. In allen Bereichen, die ich untersucht habe, waren die Beschäftigten häufig gestresst, konnten weniger schlafen oder wurden krank. Diesen Gesundheitsaspekt gilt es zu politisieren. In einem Projekt, das ich begleitet habe, wurde beispielsweise erkämpft, dass man zusätzliche Urlaubstage als Ausgleich für die Einführung von so einem Arbeitsverdichtungsprogramm bekommt. Auf der Makroebene ist es wichtig zu ergänzen, dass natürlich auch die Entwicklung dieser Technologie ein politisches Feld ist, das viel zu wenig politisiert wird. Viele Technologien werden mit Staatsgeldern entwickelt. Insbesondere in Deutschland sind die Fraunhofer-Institute ganz vorne mit dabei. Aus linker Perspektive wäre es wichtig zu fordern, dass diese Förderung demokratisiert wird und nur Technologieentwicklung gefördert wird, die soziale und ökologische Ziele befördert und nicht unterminiert.

Sehen Sie auch Potenziale, dass das kybernetische Proletariat versucht, sich über Branchen hinweg zu organisieren?

Bei der Gruppe von Beschäftigten, die ich untersucht habe, ließ sich eine sehr starke internationale Vernetzung beobachten. Darin liegt meines Erachtens auch ein zentraler emanzipatorischer Aspekt dieser Arbeitskämpfe, da ihr Inhalt nicht ist, dass eine Verbesserung auf Kosten anderer gefordert wird. Stattdessen geht es darum, gemeinsam — zwar meist innerhalb eines Unternehmens, aber an verschiedenen Standorten - Streikaktivitäten zu synchronisieren und Forderungen zu stellen. Meine These ist, dass das deshalb möglich ist, weil sich die Arbeitserfahrungen angleichen. Solidarität fällt nicht vom Himmel, sondern geschieht, wenn man sich mit anderen Leuten identifizieren kann. Und wenn sich die Arbeitsprozesse von Leuten an verschiedenen Enden der Welt gleichen, dann fällt das viel leichter. Das geht über einzelne Unternehmen hinaus, weil selbst in sehr unterschiedlichen Branchen die zentrale Arbeitserfahrung nicht mehr darüber definiert wird, was konkret produziert wird, sondern durch das Abarbeiten algorithmischer Anweisungen. Das könnte auch die Basis von weitergehender Solidarisierung über die Grenzen einzelner Konzerne hinweg bilden.

Simon Schaupp ist Soziologe und lehrt an der Universität Basel. Er forscht unter anderem zur Transformation der Arbeitswelt, zur Digitalisierung und zur ökologischen Krise. Seine Dissertation *Technopolitik von unten* erschien 2021 bei Matthes und Seitz und befasst sich mit der algorithmischen Arbeitssteuerung, den Folgen für die Beschäftigten und Widerstandspraktiken.

- 1 Plattformarbeit beschreibt T\u00e4tigkeiten, die \u00fcber Onlineplattformen oder Apps vermittelt werden (v.A. Dienstleistungen wie z.B. Reinigung, Lieferungen oder Personentransport) oder g\u00e4nzlich auf diesen stattfinden (Cloudwork, z.B. Designarbeiten oder auch bezahlte Rezensionen).
- 2 Kybernetik beschreibt die Wissenschaft von sich selbst steuernden maschinellen Systemen in Analogie zu lebendigen Organismen. Im Kontext der Arbeitssoziologie sind hiermit häufig Systeme maschinellen Feedbacks gemeint, die Informationen aus der Arbeit ins System speisen und den Beschäftigten zurückspielen, woraufhin diese die Arbeit nach diesem Feedback ausrichten.
- 3 Intralogistik beschreibt logistische Prozesse innerhalb eines Betriebsgeländes, z.B. einem Warenlager.
- 4 Korporatismus beschreibt die Einbindung organisierter Interessen in politische Strategien und Entscheidungen. Ein Beispiel hierfür ist das deutsche Modell der Sozialpartnerschaft, das auf einer eingehegten institutionalisierten Austragung von Interessenskonflikten zwischen Gewerkschaften und Arbeitgeberverbänden im nationalen Interesse basiert.



ARBEIT ALS KOLONIALES VERHÄLTNIS

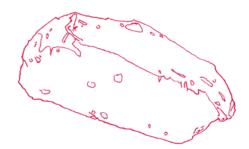
KOFI SHAKUR

Kolonialgeschichte wird oft zwischen Peripherie und Metropole verortet. Minu Haschemi Yekani zeigt eindrücklich, wie globale Beziehungen Rassendiskurse formten und welche Rolle Arbeit bei der Konfiguration von Rassismen zukam. Mithilfe eines globalgeschichtlichen Ansatzes kann der deutsche Kolonialismus im Rahmen eines europäischen Kolonialprojektes und gemeinsamer Aushandlungen von weiß und europäisch-sein verstanden werden.

In den letzten Jahren gibt es vermehrt Interesse daran, Kolonialgeschichte(n) neu zu schreiben, und Aspekte ihrer Verflechtungen und Abhängigkeiten, sowie die agency ihrer Opfer stärker mit einzubeziehen. In der bisherigen Kolonialgeschichtsschreibung geraten verschiedene Faktoren aus dem Blick, die Minu Haschemi Yekani exemplarisch für die Kolonialgeschichte Tansanias in ihrem 2020 erschienenen Buch Koloniale Arbeit mit einem scharfen Blick für einzelne Details und Nuancen ausgearbeitet hat. Die Kolonisierung Afrikas versteht sie als gemeinsames europäisches Projekt, dessen spezifische Ausprägung sich jeweils erst im Laufe der Zeit herausbilden musste. 1 Tansania gilt damit als deutsche Kolonie im Rahmen eines gemeinsamen europäischen Kolonisationsprojektes, in dem es aber beispielsweise auch immer wieder Bezüge zum Rassendiskurs in den USA, zu globalen Fragen von Migration und Arbeit und zum sich herausbildenden europäischen Diskurs über den Islam gab.

Dabei wendet Yekani sich dem inzwischen nicht mehr ganz neuen Ansatz der Global History zu und legt einen Fokus darauf, einzelne Akteur_innen und ihre — im wahrsten Sinne des Wortes — grenzüberschreitenden Handlungen zu verfolgen. Anstatt den Staat als hauptsächlichen Akteur zu betrachten, werden so individuelle Handlungsspielräume und ihre Bedeutung für die Entwicklung der praktischen Kolonialpolitik ausgeleuchtet. Hierbei wird deutlich, dass es nicht immer eine Übereinstimmung zwischen der Ideologie der Kolonialgesellschaften und der pragmatischen Gestaltung der kolonialen Herrschaft gab, sondern die kolonialen Ideologien sich auf der Suche nach Legitimität und Funktionalität zwangsläufig in einem Spannungsfeld bewegen mussten.

Eine weiterer Ansatz von Yekanis Studie ist, Rassismus nicht vorauszusetzen. Die Untersuchung seiner Genese vor dem jeweiligen historischen und sozioökonomischen Kontext in Beziehung zu anderen weltweit operierenden Rassendiskursen bildet ein zentrales Thema ihrer Arbeit. "Diese verschiedenen Schwerpunkte zusammen zu diskutieren ergänzt die geschichtswissenschaftliche Literatur zur Kolonialgeschichte Deutsch-Ostafrikas",² so Yekani. Denn diese Fragen seien bisher, wie auch für andere koloniale Kontexte, noch nicht oder nur separat behandelt worden. Eine weitere Ergänzung stelle der Autorin zufolge die eindeutige Verknüpfung von Rassismus und Arbeit dar. Damit findet schließlich eine Problemstellung Eingang in



die aktuelle Diskussion der Kolonialgeschichte, an der sich Marios Nikolinakos 1973 mit seinem Buch Politische Ökonomie der Gastarbeiterfrage in der BRD sowie Peter Schmitt-Egner 1975 in Kolonialismus und Faschismus versucht haben: Rassismus aus der Zusammensetzung segregierter Arbeitsmärkte heraus zu verstehen. Letzterer begriff — in dem vielleicht einzigen deutschen Versuch einer marxistischen Interpretation des (kolonialen) Rassismus — die Entstehung der 'Rassentheorien' als Effekt einer Rationalisierung. Während sich in Europa die 'freie', also warenförmige Lohnarbeit durchsetzte, gab es in Übersee gleichzeitig Sklaverei und Zwangsarbeit. Durch die Kluft zwischen den beiden Schauplätzen werden die Kolonisierten nach Schmitt-Egner im wörtlichen Sinne 'minderwertig', weil es ihre Bestimmung ist, unter dem Wert ihrer Arbeitskraft zu arbeiten.³

Unter diesem Blickwinkel fragt Yekani danach, "wie sich Rassismus als soziale Technik im Prozess der Herrschaftsetablierung und unter Einbeziehung von global wirkenden Einflüssen nuanciert, formiert und auch verändert hat."⁴ Der Blick auf das koloniale Arbeitsregime hinterfragt dabei auch die allzu rigorose Trennung von freier und unfreier Arbeit, und setzt sie stattdessen in eine dynamische Beziehung, die in Yekanis Fallstudien ein Ergebnis von Aushandlungsprozessen ist. Yekani beschreibt die Gegenüberstellung von freier und unfreier Arbeit als 'historischen Irrtum'. Denn aus "historischer Perspektive waren sowohl die Sklaverei als auch die Lohnarbeit mit dem Kapitalismus vereinbar, die Übergänge oftmals fließend." Eine vollständig getrennte Existenz der beiden Arbeitsformen ließe sich weder historisch noch räumlich belegen.⁵ Einerseits konnten Menschen aus ihrem eigenen Interesse heraus entscheiden, sich für begrenzte Zeit - oft, aber nicht ausschließlich mit Migration verbunden — in die Unfreiheit der Indentur zu begeben und waren dort schließlich Arbeitsbedingungen ausgesetzt, die ihren Verträgen offensichtlich widersprachen. Auf der anderen Seite musste selbst in den Metropolen Gewalt angewandt werden, um die Akzeptanz der 'freien' Lohnarbeit zu besiegeln. Zuletzt gibt es auch biographisch betrachtet statt starren Verläufen oft dynamische Übergänge, in denen Handlungsspielräume sich verringern oder vergrößern können. Damit wird deutlich, dass Arbeit im kolonialen Kontext nicht individualisiert gedacht werden kann, sondern als immer eingebettet in die Entwicklung eines globalen Kapitalismus.

Um den transnationalen Charakter der kolonialen Arbeit zu verdeutlichen, beschäftigt sich Yekani zunächst mit der Praxis, asiatische Vertragsarbeiter_innen für die tansanischen Plantagen anzuwerben. Die schlechten Bedingungen auf den Plantagen der Deutschen, beim Straßenbau oder bei der Anstellung als Träger_ in machten schnell ihre Runde unter der kolonisierten Bevölkerung. Zudem wollten viele ihre eigenen Felder, die zu Beginn noch die Grundlage der Versorgung der kolonialen Infrastruktur bildeten, nicht aufgeben.⁶ Die 'eigenen' kolonialen Arbeitskräfte wurden damit als für die Ausübung der Arbeit noch nicht bereit eingeschätzt. Eine effiziente Ausführung der Arbeit war für die Erwirtschaftung von Profiten aber notwendig. Daher sollten ihnen asiatische Vertragsarbeiter_innen, von deren Beispiel man sich eine 'zivilisierende' Wirkung versprach, den Weg zur genügsamen Produktivität weisen. "Sie galten als Mediatoren zwischen der Vergangenheit und der Zukunft der Arbeit." Die oft aus Indonesien oder China stammenden Arbeiter_innen, in Singapur angeworben, nahmen so eine vermittelnde Rolle zwischen der Kolonialmacht und den Afrikaner_innen ein, die auf lange Sicht sämtliche Plätze in der Plantagenarbeit übernehmen sollten.

Nicht nur in dem Diskurs über koloniale Arbeit, der in der Kolonialzeit vorherrschte, sondern auch in der historischen Forschung hat sich eine Vorstellung festgesetzt, die Vertragsarbeit auf besondere Weise mit dem ,chinesischen Kuli' identifiziert.7 Hierbei wird allerdings außer Acht gelassen, dass diese Form der Arbeit nur einen verhältnismäßig geringen Teil der chinesischen Migration ausmacht.8 Dieses Bild half bei der Konstruktion eines nostalgic peasant, der ungelernt für die Verrichtung intensiver Arbeit angeworben, eher schlecht als Recht am Leben erhalten und nach Ablauf seines Vertrages meistens mittellos wieder zurückgeschickt wurde. 9 So zwangen die Plantagenbesitzer sie etwa, einen Teil ihres Lohns für die Miete aufzubringen oder Waren des Grundbedarfs direkt bei ihnen zu kaufen. Oft wurden sie unter dem vereinbarte Lohn bezahlt. Hinzu kamen Prügelstrafen sowie "Schulden", die sie am Ende ihres Vertrages durch eine weitere Verpflichtung für ein Jahr abbezahlen mussten. 10

Dem kolonialen Schulwesen wird bei Yekani besondere Bedeutung zuteil, denn es wird im Sinne der Erziehung zur Arbeit betrachtet. Hier zeichnet Yekani zunächst den Konflikt der christlichen Missionsschulen und den prinzipiell konfessionslosen Regierungsschulen ab. Letztere hatten die Ausbildung von Kolonialbeamten als Zweck; Positionen, für die man sich besonders auf die muslimische arabische und Swahili-Elite stützte. Entsprechend boten die Regierungsschulen zeitweilig Koranunterricht an, was eine heftige Debatte über die Stellung des Christentums bzw. des Islams auslöste. Das Verhältnis der verschiedenen Kolonialmächte dem Islam gegenüber war ambivalent und gerade im Kontext Tansanias von rassistischen Vorstellungen geprägt. Über verschiedene rassistische Diskurse fand eine Hierarchisierung innerhalb der Religion statt, in welcher der "afrikanische" Islam die unterste Position einnahm.

In Bezug auf die Frage der Erziehung zur Arbeit waren die Religionen insofern relevant, als sie einen Anreiz darstellten, die Schulen zu füllen. Deren Zweck war von pragmatischen Gesichtspunkten geprägt: "Die besondere Herausforderung", schreibt Yekani, "bestand aus Sicht der Kolonisierenden also darin, genau die richtige Dosis an Wissen zu vermitteln, über das sie die komplette Kontrolle behalten wollten."¹¹ Neben einer rudimentären Ausbildung, die zum Schreiben von Dokumenten auf Deutsch, jedoch nicht zu deren Verständnis befähigen sollte, befand sich auch praktische Arbeit auf dem Stundenplan — was auf Swahili mit "Kazi ya Schule' und "Kazi ya Mission' — Arbeit für die Schule bzw. die Mission — entsprechend adaptiert wurde und sich auch in Lohnforderungen ausdrückte. Die Schüler_innen waren nämlich nicht bereit, die Arbeit, zu der sie angehalten waren, kostenlos zu verrichten.¹²

Abschließend betrachtet Yekani die Rolle der Migration des europäischen Prekariats, dessen Existenz das koloniale Projekt zu unterwandern drohte. Nicht alle, die in die Kolonie kamen, konnten ihren Lebensunterhalt dauerhaft sichern, manche kamen bereits mittellos an. Da das tropische Klima allgemein als ungeeignet für eine großflächige europäische Besiedlung galt und körperliche Arbeit im Großen und Ganzen den Afrikaner_innen vorbehalten bleiben sollte, stellten mittellose Deutsche ein Problem für die Kolonialverwaltung dar. Bemerkenswert dabei ist auch hier die Rolle, die Arbeit bei ihrer Vermittlung von race spielt.

Mit Blick auf Barbados, wo nach Abschaffung der Sklaverei ein Großteil weißer Arbeiter ehemalige Sklavenarbeiten übernommen hatte, woraufhin sie innerhalb der Gesellschaft als black men in white skins — zum einen deklassiert, aber auch aus der national-bestimmten weißen Gemeinschaft ausgeschlossen galten, schreibt Yekani: "Das Beispiel der Karibik unterstreicht den Umstand, dass Prestige und die gemeinhin mit weißer Hautfarbe verbundenen Privilegien ein Produkt eines sozialen Verhältnis waren, das in einem engen Zusammenhang mit der Arbeitsordnung, mit ,Reichtum, Macht und Status [...]"13 stand. Hier findet sich die Schlussfolgerung wieder, die auch Frantz Fanon für die Erscheinung der kolonialen Klassenstruktur gezogen hat: "You are rich because you are white, you are white because you are rich"14. Im Spannungsfeld dieser Bilder schreibt Yekani, galten deutsche Proletarier "in der frühen Kolonialpropaganda noch als nationale Hoffnungsträger", gerieten aber durch ihre Klassenzugehörigkeit bald in Widerspruch zu dem Vorhaben, "die deutschen Kolonien nicht nur zu einem zweiten, sondern zu einem 'besseren' Deutschland werden zu lassen."15 Der Siedler sollte als "Kulturpionier' — vorzugsweise mit einer passenden Frau an seiner Seite — den bürgerlichen Wertekanon repräsentieren. Dazu gehörten Eigenschaften wie Individualismus, Kampfbereitschaft, Aufstiegs- und Leistungswille genauso wie Privateigentum und Kapitalkraft."¹⁶ Da viele der in die Kolonie migrierten weißen Deutschen dieses Bild aus ökonomischen Gründen nicht erfüllen konnten, stieg der Druck, zumindest hinsichtlich race eine Vormachtstellung zu erringen. Konsequenterweise mussten Europäer_innen in der Kolonie die Gemeinschaft mit ihresgleichen suchen, um sich mittels einer vermeintlich gemeinsamen weißen Kultur vor dem Risiko abzuschirmen, in einem ökonomisch vermittelten Sinne auch hinsichtlich race herabzusinken. 17 Eine besondere Rolle als Hüterinnen der deutschen Lebensart und Kultur kam dabei den Frauen zu, die in eigens gegründeten Kolonialvereinen für ihren Einsatz ausgebildet wurden. Die Frauenkolonialschulen scheiterten letztlich ebenfalls an dem Widerspruch zwischen dem ideologischen Status und den Ansprüchen an und von bürgerlichen Frauen und der Notwendigkeit bescheidener proletarischer Dienstbarkeit.18

An diesen Beispielen wird deutlich, wie Arbeit und ihre spezifischen Eigenschaften in Verbindung mit ideologischen Elementen wie Kultur und Religion bei der Strukturierung der Klassengesellschaft in kolonialen Gesellschaften gewirkt haben. Dabei war keines dieser Elemente statisch, sondern unterlag spezifisch lokalen Ausprägungen, die jedoch immer wieder über Grenzen hinweg mit transnationalen Diskursen und anderen lokal ausgeprägten Praktiken in Bezug gesetzt wurden. Arbeit ist also nicht einfach innerhalb einer national isolierten Wirtschafts- oder Sozialgeschichte zu betrachten, sondern immer eingebettet in transnationale Netzwerke, die gerade im Kapitalismus die geographische Verteilung von Ausbeutung regulieren. Arbeit und diese transnationalen Netzwerke ihrer Vermittlung und Bewertung müssen zudem als maßgeblich für die Herausbildung von Kategorien wie race und die geschlechtsund race-spezifische Konnotation bestimmter Arbeitsformen verstanden werden.

Erst mit einer solchen Perspektive können die Dynamiken der Etablierung und Aufrechterhaltung (vor)kapitalistischer und (vor)kolonialer Unterdrückungsmechanismen historisch nachgezeichnet werden. Yekanis Buch tut genau das und ist damit eine Bereicherung für die Auseinandersetzung mit afrikanischer und globaler Geschichte und lässt hoffen, dass auch die Geschichte der anderen deutschen Kolonien mit dem gleichen Reichtum an Detailverliebtheit erneut untersucht wird.

- Minu Haschemi Yekani: Koloniale Arbeit. Tansania (1885–1914), Campus, 2019, S. 18
- 2 Ebd.: S. 23
- 3 Peter Schmitt-Egner: "Wertgesetz und Rassismus", in: Gesellschaft. Beiträge zur Marxschen Theorie, Nr.8/9, Suhrkamp, 1976, S.350–404, zitiert nach Mark Terkessidis: Die Banalität des Rassismus, transcript, 2004, S. 78.
- 4 Yekani 2019, S. 24.
- **5** Ebd.: S. 30.
- 6 Ebd.: S. 51-59.
- 7 Der Begriff, Kuli' wird mit einer ethnisierten Dimension der Indenturarbeit assoziiert, mit der klare rassistische Zuschreibungen einhergehen. Der Begriff leitet sich in seiner spezifischen Verwendung aus den Sprachen Tamil und Gujarati ab: "Im Tamil beschreibt küli nicht etwa einen Personenstand, sondern eine spezifische Form der Entlohnung für Knechte. Der Gujarati-Begriff Kuli hingegen betitelte eine stigmatisierte Gruppe" (Yekani 2019, S.71) Im englischen coolie, aus dem der deutsche Begriff sich ableitet, finden sowohl die niedrige Bezahlung als auch die rassistische Konnotation ihren Nachklang.
- 8 Ebd.: S. 50.
- **9** Ebd. S. 74.
- **10** Ebd. S. 91–94.
- **11** Ebd.: S. 141.
- **12** Ebd.: S. 142–145.
- **13** Ebd.: S. 207.
- 14 Frantz Fanon: The Wretched of the Earth, Grove Press, 1991, S. 39.
- 15 Yekani 2019, S. 208.
- 16 Ebd.: S. 210.
- **17** Ebd.: S. 213.
- 18 Ebd.: S. 234-235.

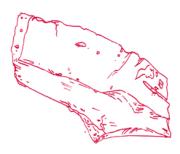


26

MIT ADORNO ZU TRANSINKLUSIVEM FEMINISMUS

RONJA ARNDT

Der in diesem Jahr erschienene Sammelband Kritische Theorie und Feminismus besteht aus einer breit gefächerten Auswahl an Texten zu dem titelgebenden Themenkomplex. Wenngleich dieses Thema bereits in der Vergangenheit stellenweise behandelt wurde, so wird hier eine neue Bandbreite geboten. Jene Bandbreite umfasst sowohl Texte, die durch ihre analytische Schärfe und das Verknüpfen bisher getrennt gedachter Ideen hervorstechen, als auch weniger überzeugende Gedankengänge.



Kritische Theorie, das sind doch diese alten, weißen Männer namens Adorno und Horkheimer, die sich auf andere alte weiße Männer namens Marx und Freud beziehen. Mit Feminismus hätte das nichts zu tun und überhaupt sollten weniger alte weiße Männer gelesen werden — so oder so ähnlich lauten häufig die Aussagen zum Verhältnis von Kritischer Theorie und Feminismus. In diesen Verallgemeinerungen sind nicht nur einige fragwürdige Gedanken zur Kritischen Theorie selbst enthalten, es wird auch das grundlegende Potenzial der Kritischen Theorie verkannt.

Während es bereits viel feministische Kritik an der Kritischen Theorie als solche gibt, so ist in den letzten Jahren nochmal Fahrt in die Betrachtungen zum Verhältnis von dieser und feministischen Perspektiven gekommen. Es geht nicht nur darum, negative Kritik auszuteilen, sondern die Möglichkeiten für feministische Theorie weiterzudenken. Bisher beschränkt sich dies weitgehend auf akademische bzw. akademisch geprägte Kreise — mehr Zugänglichkeit wäre dabei durchaus wünschenswert. So erschien 2018 Barbara Umraths Dissertation zum Thema Geschlechterverhältnisse und Kritische Theorie. Darin widmete sie sich der Frage, welche Anknüpfungspunkte die Kritische Theorie denn eigentlich so für feministische Theoriearbeit zu bieten hat. Nach diesem dicken Brocken folgt nun ein Sammelband aus dem Suhrkamp-Verlag zum gleichen Thema, dieses Mal herausgegeben von Karin Stögner und Alexandra Colligs. Gerade erstere dürfte Personen, die sich mit Kritik an intersektionalen Identitätspolitiken beschäftigt haben, bereits vertraut sein. Der Sammelband selbst bietet eine Zusammenstellung von 18 Texten über mehr als 300 Seiten.

An dieser Stelle ist bereits anzumerken, dass es sich keinesfalls um ein Einstiegswerk zum Thema handelt. Zugänglichkeit wird, ihrer akademischen Form verschuldet, bei den meisten Texten kleingeschrieben. Dennoch lohnt sich eine Auseinandersetzung mit den verschiedenen Überlegungen. Diese sind zunächst in fünf Blocke aufgeteilt: von einer Einführung über feministische Ideologiekritik, Perspektiven auf Produktion und Reproduktion und dem Streit um Identität, Subjekt und Differenz bis hin zu psychoanalytischen Perspektiven. Damit wird ein breites Feld abgedeckt und bis auf zwei Beiträge (von Gudrun Axeli-Knapp sowie Nancy Fraser) handelt es sich um Originalbeiträge. Die spezifischen inhaltlichen Schwerpunkte der Autor_innen knüpfen wiederum an ihre bekannten Arbeiten an. Es ist beispielsweise nichts Neues, wenn Christine Achinger zu Geschlecht und Antisemitismus schreibt oder etwa der von Nancy Fraser gewählte Beitrag eine an Polanyi orientierte Sicht auf Kapitalismus bietet. Dies ist aber auf keinen Fall negativ zu beurteilen, da gerade solche Beiträge einen Einstieg in die sonstigen Arbeiten der Autor_ innen vereinfachen können. Wer zum Beispiel schon immer mal das gemeinsame Buch von Rahel Jaeggi und Nancy Fraser zu Kapitalismus lesen wollte und zu eingeschüchtert von dem Umfang war, hat einen soliden Startbonus durch Fraser und Jaeggis Beiträge. Leider können nicht alle Beiträge das gleiche Niveau in der Argumentation aufrechterhalten, was bei einem Sammelband dieses Umfangs jedoch zu erwarten ist.

Personen, die sich bereits in der Vergangenheit mit feministischen Streitthemen rund um Kritische Theorie und Postmoderne beschäftigt haben, kommen nochmal besonders auf ihre Kosten. Der Sammelband beinhaltet je ein Interview mit Seyla Benhabib und eins mit Rahel Jaeggi. Beide blicken auf vergangene Auseinandersetzungen im (akademischen) Feminismus zurück, insbesondere auf den u.a. von Benhabib, Nancy Fraser und Judith Butler verfassten Sammelband Streit um Differenz.

Dabei bleibt es nicht nur beim Bezug auf Vergangenes: Ein Highlight ist der Beitrag Frau als negatives Subjekt von Dagmar Wilhelm, in welchem aktuelle Debatten aufgegriffen und klug vorangetrieben werden. Dabei schafft Wilhelm einen gekonnten Spagat zwischen der brennend aktuellen Frage, wer jetzt eigentlich zum politischen Subjekt Frau zählt und einer tatsächlich verständlichen Erklärung von Adornos Negativer Dialektik - und wie genau diese bei der Beantwortung der Frage hilft. Alleine die gut verständlichen Ausführungen zur Negativen Dialektik verdienen eine positive Erwähnung, denn wie häufig findet man schon einmal tatsächlich hilfreiche Erklärungen zur Theorie Adornos — und vor allem der Negativen Dialektik — anstelle eines bloßen intellektuellen Schwanzvergleichs? Aufbauend auf der Negativen Dialektik appelliert Wilhelm an dieser Stelle also für einen transinklusiven Feminismus. Auch wenn dies nur als Beiprodukt der restlichen Überlegungen geschieht, ist dies eine der ersten (traurigerweise vielleicht sogar die erste) abgedruckte Argumentation zur Verbindung von trans liberation und Kritischer Theorie.

Neben Wilhelms Beitrag ist auch jener Barbara Umraths positiv hervorzuheben. Wie bereits in ihrer Dissertation stellt Umrath wortgewandt feministische Anschlusspunkte, in diesem Fall bei Herbert Marcuse, hervor. Marcuse ist eine naheliegende Wahl, da er einst verschiedene Überlegungen zu sozialistischem Feminismus veröffentlichte und Zeit seines Lebens in ausgiebiger Diskussion mit Feminist_innen stand. In ihrem Text bietet Umrath einen übersichtlichen Einstieg zu Marcuses Denken, historischen Begebenheiten und relevanten Aspekten der Psychoanalyse. Natürlich lässt Umrath dies nicht unkommentiert stehen, sondern arbeitet eine sorgfältige Kritik heraus. Ähnlich wie bei Frasers bzw. Jaeggis Beitrag bietet dieser Text sich an, ihn vor ausführlicheren Arbeiten zu lesen, um einen soliden Überblick zu gewinnen.

Wie bereits erwähnt, schwankt an manchen Stellen leider die Qualität der Beiträge und nicht alle bewegen sich auf der gleichen Ebene wie die bereits Genannten. Ein solches Negativbeispiel ist Petra Klugs Text zu feministischer Religionskritik am Beispiel des Islams. Neben Klugs ausführlichem Nachzeichnen aktueller Debatten verblasst ihre eigene Position sichtlich. Es bleibt unklar, welche Position sie selbst vertritt und weshalb sie diese als sinnvoll für die Kritische Theorie erachtet. Dies ist besonders schade, da Religionskritik in derzeitigen Diskussionen oft im Sinne eines antimuslimischen Rassismus vereinnahmt oder pauschal abgelehnt wird.

Im Allgemeinen ist zu sagen, dass in dem Band selten entgendert wird und die Sprache sich in einem binären Verhältnis bewegt. An diesem Punkt zeigt sich gleichzeitig eine der großen inhaltlichen Leerstellen des Sammelbandes, nämlich feministische Argumentationen, die in der Lage sind, über ein binäres Geschlechterverständnis hinauszudenken. Weitere Leerstellen sind das geradezu laute Schweigen zu Rassismus, Ableismus und anderen Diskriminierungsformen. Die Ausnahme bildet Antisemitismus, mit dem sich in dem Sammelband ausgiebig beschäftigt wird. Dies ist einerseits eine lobenswerte Ausnahme im Kontext aktueller feministischer Beiträge, andererseits sind die genannten Leerstellen im Vergleich dazu häufig unnötig, da Kritische Theorie noch viel mehr Potenzial bietet, als in diesem Sammelband aufgegriffen wird. Sei es, sich an Marcuses Vorschlag, Sexualität als Schlüssel zur Gesellschaft zu begreifen, zu halten, oder auch die Studien zum autoritären Charakter hinsichtlich Rassismus voranzubringen — es gibt noch Vieles, das es zu untersuchen und auszubauen gilt. Dabei sollte nicht vergessen gehen, dass die Kritische Theorie sich selbst die Aufgabe einer umfassenden Gesellschaftstheorie gestellt hat und gerade deswegen bemüht sein sollte, solche Lücken zu schließen.

Natürlich ist dies in einem Sammelband allein nicht möglich ist, aber sollte als Anspruch nicht übergangen werden, wenn es dann — wie so oft — doch wieder nur um die Selbstbeweihräucherung sagenhaft kritischer Kritiker_innen geht.

Auch wenn an dieser Stelle der Platz für ausführlichere Besprechungen aller Beiträge fehlt, kann in der Konsequenz dennoch freudig festgestellt werden, dass sich gerade etwas Großes tut in den Dunstkreisen der Kritischen Theorie. Dieses Etwas bietet Impulse für feministische Theorien und zeigt, dass die eingangs erwähnten Vorurteile bei aller Kritik an der Frankfurter Schule zu überdenken sind. Wer bereit ist für verzwickte Theoriearbeit, wird an dem Sammelband viel Freude haben!

Karin Stögner, Alexandra Colligs (Hg.): Kritische Theorie und Feminismus. Suhrkamp-Verlag. 394 Seiten. 24 €.



STORY OF MY LIFE

MAXIMILAN JOSEPH THEODOR KELLER

Sich zwischen den zahlreichen Erzählungen unserer spätmodernen Gesellschaft als handelndes Subjekt zu begreifen, ist gar nicht so einfach. Hin und wieder muss man sogar aufpassen, dass man selbst nicht zur Erzählung wird.



... this starts feeling like work

"What you call love was invented by guys like me to sell nylons."1

Es gibt eine Vielzahl von Fiktionen, die uns prägen. Und im Gegensatz zu den zahlreichen Ereignissen, die auf uns einwirken, brauchen wir nach einer guten Story nicht unbedingt zwei Jahre bei Analytiker_innen, um sie aufzuarbeiten. Es muss kein Ibsen sein, nicht mal ein BoJack Horseman, manchmal genügen der Mandalorian und Grogu aka Baby Yoda, damit man auch im wilden Weltraum, im Kampf gegen sogenannte Weltraumfaschos in der Lage ist, einen Sinn für Mitgefühl, Rücksicht und Solidarität zu entwickeln. Wir kämpfen Seite an Seite mit den Protagonist_innen massenmedialer Erzählungen: Neben Walter White und Jesse Pinkman, Ross und Rachel, Tom und Jerry, Timon und Pumba, Max und Moritz, Rick und Morty, Ben und Jerry's — you get the idea.

Von den tragisch-schicksalhaften Mythen der eigenen Kindheit über die Vielzahl von Chroniken, Dramen und Epen, die sich von unserer Jugend bis in die Gegenwart erstrecken, sind wir Narrativ. Die Person, die wir nach außen als Erzählung darstellen, sind nicht wir, sondern unser Versuch, uns anderen Menschen greifbar zu machen. Wenn wir diese *persona* also durch Massenmedien generieren, passen wir uns und unsere Person massenmedial verarbeitbaren *tropes* an. Wo subjektive Erlebnisse nicht von Automatismen in das Narrativ aufgehoben werden, nutzt das Subjekt Gesellschaft und Kultur, um als Person zu erscheinen.

Wir sind übersaturiert mit gut geschriebenen fiktionalen Charakteren. Mit 'gut geschrieben' ist hier gemeint, dass sie entweder nach einem Schema F konstruiert wurden oder eben nach einem entgegengesetzten Schema F2 das Schema F subvertieren soll, denn alles ist kodifiziert in der Kulturindustrie. Der Epoche um Epoche zunehmenden Entfremdung des Subjekts setzt die sozio-ökonomische Sphäre zunehmend standardisierte Identitätstypologien entgegen. Denn wir wissen genau, wie 'Bösewichte' oder Antagonist_innen im Allgemeinen erscheinen, wir wissen, wie das Gute und die Held_innen auftreten. Wir wissen auch, wie wir die Held_innen dekonstruieren und somit auch Empathie für die sogenannten bad guys aufbringen.

Die zeitgenössische Produktion von Personen entspricht quasi der Produktion von Waren. Entgegen der wachsenden Unmöglichkeit des Selbstverständnisses überhaupt läuft die Produktion eines künstlichen Selbsts in industriellem Ausmaße: Archetypen, Kategorien, abstrakte Schicksale und Sinnstiftungen vom kulturellen Fließband, um vom Subjekt zur Person zu kommen. Weniger sind somit Kultur und Gesellschaft Reflexionsfläche unserer Selbst, als das wir Reflexionsfläche eben dieser sind.

Ohne ein Werturteil über das Konzept des Individuums ablegen zu wollen, ist das Produkt Person sehr fragmentiert: nicht aber trotzdem — sogar gerade deswegen — sehr vereinzelt. Die eigene uniqueness, die natürlich nur eine spezifische Konfiguration allgemeiner Typen ist, erweckt den Anschein, man sei tiefgreifend unterschieden von den Leuten. Die geistige Gleichheit und seelische Verwandtschaft der Menschen entzieht sich dem Begriff in der Überreizung an generischen Varietäten, die wir uns in jedem Aspekt der Persönlichkeit in unserem Alltag feil bieten.

Den Rohstoff der Person liefert die Kulturindustrie sowie die Konsumkultur. Die sozialen Medien (sowie die darin eingebetteten Massenmedien) bestimmen die Architektur der Person. Die Erfahrung des Subjekts ist diesen Materialien und Modellen untergeordnet.

Diese Unterordnung des Subjekts unter die soziokulturellen Formen bei der Person ist weder neu, noch ernstlich beklagenswert. Die pubertäre Klage people are fake ist ein selbstironisches Monument, das von den Pubertierenden als subversive Aufklärung missverstanden wird: Jeder Ausdruck von Authentizität negiert sich selbst als Ausdruck einer Person. Die Person ist immer ein soziales Medium, ob man sich dessen immer bewusst ist oder nicht. Sie wird demnach niemals dem Authentischen Priorität gegenüber dem eigenen Sein geben. Demnach ist die Aussage people are fake zwar nicht inkorrekt, aber schließt die sprechende Person ein und ist an und für sich eben genauso fake.

Dass unser soziokultureller Korpus die sogenannte Individualität, Unabhängigkeit und uniqueness als Tugend oder gar Menschenrecht erachtet, ist ein sehr offensichtliches Indiz für die beklemmende Einsicht, dass eben diesen drei Qualitäten immer mehr Unwirklichkeit zuleide kommt: Der Held als Topos

entstammt der griechischen Antike und war dadurch definiert, ein Halbgott zu sein. In der mehr oder weniger säkularen Kulturindustrie folgt man nun meist Ayn Rand, Ronald Reagan und Margaret Thatcher: Der Held, das neoliberale Subjekt, bedient sich seiner Individualität, um sich gegen das Unrecht zu stemmen (konkret: zumeist Einkommenssteuern).

Die Gesellschaft sucht sich Kompensation für das, was sie sich selbst im Wesen der Ökonomie antut. Für die Wirtschaft hat der Rand'sche Mythos vom individuellen Halbgott, der sich selbst schafft, legitimierenden und diskreditierenden Nutzen. Einerseits lassen sich so Apartheids-Erben wie Elon Musk, Klassenfeinde wie Jeff Bezos und Meta-Autokraten wie Mark Zuckerberg als selfmade "Übermensch" legitimieren. Andererseits propagiert man — durch den Mensch als autonomes Unikat — zumindest implizit und informell die alte neoliberale Formel "Jeder kann es schaffen!"

Um zu einem konkreten Beispiel vom spätmodernen Helden zu kommen: Wer genau ist z.B. Tony Stark, auch bekannt als Iron Man? Als Protagonist des gleichnamigen Blockblusters ist Tony Stark Erbe der Stark Industries, einem fiktionalen Unternehmen, das von seinem Vater Howard Stark gegründet wurde, und neben einigen zivilen Projekten vor allem der Rüstungsproduzent im US-Amerika des bekannten Marvel Comic-universum war. In den 2000ern produzierten Stark Industries High-Tech-Waffensysteme für einen nicht weiter spezifizierten Krieg im nahen Osten. Tony Stark, der im Verlauf des Films zum sympathischen Antihelden avanciert, musste erst Geisel von nicht weiter spezifizierten Terroristen werden, um festzustellen, dass Waffen und Gewalt eigentlich gar nicht so gut sind. Jedenfalls zumindest dann nicht, wenn sie von den nicht näher spezifizierten bad guys benutzt werden, versteht sich.

Stark Industries zog sich daraufhin vom Waffenmarkt zurück und begann damit, grüne, saubere Energiekonzepte zu entwickeln und diese entsprechend zu vermarkten, um weiterhin Profit zu erwirtschaften. Das gesammelte militärindustrielle Know-How und die ökonomischen Mittel wurden schließlich in die Technologien des namensgebenden Iron Man-Suits gepackt. Tony Stark zieht sich diese Rüstung an und wird damit zum Iron Man, dem größten Beschützer der Menschheit unter der Sonne. Das ist nun euer Held, euer Heiland; der Erbe einer milliardenschweren Militärindustrie, der sich als alleiniger Richter und Henker für das Gute in der Welt gibt.

Man kann man sich also nichts vormachen: Binge-Watching von Marvel bis Disney und der Würgegriff parasozialer Beziehungen bestärken eine starke Tendenz in der Gesellschaft, in der ein quasi fiktionalisierter Elon Musk zum Superhelden erkoren werden kann, indem er sich seinen kostspieligen Iron Man-Suit einfach selbst zusammenbaut und auf Jagd geht. Selbst wenn die Corona-Pandemie in den letzten Jahren vielleicht als Katalysator dieser Tendenzen gewirkt hat: Diese Entwicklungen haben sich lange abzeichnet und es scheint ausgeschlossen, dass diese Tendenzen in den kommenden Jahren rückläufig gehen. Denn ohne hier mit dem erhobenen Zeigefinger wedeln zu wollen: Wenn wir weiterhin abends von Streamingdienst zu Streamingdienst klicken und uns von seichten (Superhelden-)Erzählungen einlullen lassen wollen, müssen wir uns dessen bewusst sein, dass wir wir einen Großteil unserer kulturellen 'Bildung' damit Disney, Hollywood (ergo Disney) und Netflix überlassen. Wie wir mit diesem Wissen allerdings umgehen wollen, steht auf einem anderen Blatt geschrieben.



Don Draper, in der Serie Mad Men, 2007.



RefRat

Der Referent_innenrat (RefRat) vertritt die Student_innenschaft der Humboldt-Universität zu Berlin (HU) und erledigt deren laufende Geschäfte. Er ist an die Beschlüsse des Student_innenparlaments (StuPa) gebunden. Der RefRat gliedert sich nach Arbeitsgebieten in sechzehn Referate, darunter das Referat für Publikation, welches für die Veröffentlichung der HUch zuständig ist.

Die Bezeichnung "Referent_innenrat" gibt es nur an der HU. An den anderen Berliner Hochschulen ist gesetzlich die Bezeichnung "Allgemeiner Student_innenausschuss" (AStA) vorgeschrieben, weshalb der offizielle Name des RefRat auch den Zusatz "gesetzlich AStA" trägt. Trotzdem gibt es signifikante Unterschiede zu einem AStA, da die Referate des RefRats einzeln gewählt werden und nicht durch eine "Koalitionsregierung". Das heißt, dass nach StuPa-Wahlen kein neuer RefRat konstituiert wird wie an Hochschulen mit einem AStA.

Diese Besonderheit des RefRats ist mit dessen Entstehung nach der Wende zu erklären. Ursprünglich hatten die Student_innen im Jahr 1989 ihre Interessenvertretung in einem Student_innenrat (StuRa) neu organisiert, so wie es auch andere ostdeutsche Hochschulen taten (und noch tun). Jedoch wurde auch der HU das (westdeutsche) Berliner Hochschulgesetz übergestülpt. Die studentischen Vertreter_innen konnten zwar nicht das Stu-Ra-Modell durchsetzen, jedoch den klassischen AStA verhindern. Eine Art Kompromiss bildet der RefRat, wobei jedoch die 1993 beschlossene Satzung der Student_innenschaft erst 2002 von der Senatsverwaltung bestätigt wurde.

Weitere Informationen zu den einzelnen Referaten findet ihr online: www.refrat.de/referat.html

SSBS Studentisches Sozialberatungssystem

Das Studentische Sozialberatungssystem des Referent_innenrats bietet Beratungen zu den folgenden Themen an:

- · Allgemeine Rechtsberatung
- · Allgemeine Sozialberatung
- · Antidiskriminierungsberatung
- · BAföG- und Studienfinanzierungsberatung
- · Sozial- und Arbeitsrechtliche Anfangsberatung
- · Behinderung bzw. chronische Erkrankung Enthinderungsberatung
- · Internationale Studierende
- · Studierende mit Kind(ern)
- ·Überforderung
- \cdot Beratung zu Lehre und Studium
- · Hochschul- und Prüfungsrecht
- · Studentische Studienfachberatungen
- · Beratung bei sexistischen Belästigungen und Übergriffen
- · Transberatung

Wenn ihr nicht wisst, welche Beratung passen könnte, kommt einfach erst einmal in die Allgemeine Sozialberatung!

Für weitere Informationen: www.refrat.de/beratung

Semtix

Das Semesterticketbüro unterstützt Studierende, die aufgrund der Semesterticketgebühr in finanzielle Engpässe geraten. Mit ausführlichen Informationen und einer Rechtsberatung steht das Semesterticketbüro zur Seite und berät Studierende, die einen Antrag auf Zuschuss zum Semesterticket stellen möchten. Im Falle eines positiven Bescheids kann entweder ein Teil oder der gesamte Betrag der Semesterticketgebühren erstattet werden.

Weitere Informationen unter: www.refrat.de/semtix

Service

Der RefRat bietet verschiedene Services für Studierende an, darunter die Möglichkeit, Anträge auf finanzielle Unterstützung (beispielsweise für Veranstaltungen oder Publikationsprojekte) zu stellen, oder Technik auszuleihen.

Weitere Informationen unter: www.refrat.de/service.html

Kinderbetreuung

Der Kinderladen "die Humbolde" ist eine zusätzliche Kinderbetreuungsmöglichkeit für die Kinder von Studierenden am HU-Standort Mitte. Der Kinderladen versteht sich als zusätzliche Betreuungsmöglichkeit zu den städtischen Kitas. Wir betreuen bis zu 25 Kinder im Alter von 1 Jahr bis Vorschule.

Die Humbolde wurde 1995 auf Initiative studierender Eltern eingerichtet, um den Besuch von Lehrveranstaltungen, Sprachkursen etc. auch außerhalb der üblichen Kitaöffnungszeiten zu ermöglichen. Damit erklären sich die für eine Kinderbetreuungseinrichtung unüblichen Öffnungszeiten.

Bewerbungen für einen Kinderbetreuungsplatz erfolgen per Email, es gibt eine Warteliste.

Weitere Informationen unter: www.refrat.de/kinderbetreuung.html



lest, hört und macht:

1 Kunst
2 Spektakel
spektakel.org
3 Revolution





Dem konservativ geprägten herrschenden Diskurs im juristischen Bereich setzen wir ein Zeitschriftenprojekt entgegen, in dem kritische Stimmen und Positionen zu Wort kommen, die in der gängigen rechtspolitischen Diskussion zu kurz kommen.

Probash

3 Ausgaben für nur 7,50€ ohne automatische Verlängerung

www.forum-recht-online.de Twitter @ ForumRecht



LESEN, WAS ANDERE NICHT WISSEN WOLLEN

konkret



h umboldt u niversität u ndogmatische l inke s tudierende







Obersatz. Definition. Subsumtion. Ergebnis. War's das?

Nein — es folgt der Arbeitskreis kritischer Jurist*innen!

Wir halten das Jurastudium für unzureichend, veraltet und autoritär. Deshalb wollen wir Perspektiven bieten, die sowohl über die juristische Ausbildung als auch über die bestehenden Verhältnisse hinausweisen. In einer krisenhaften Gesellschaft verstehen wir unser Studium als Mittel, das Marginalisierten zu ihrem Recht zu verhelfen kann. Unsere studentische Gruppe ist offen für jeden, beschäftigt sich mit rechtspolitischen Themen, organisiert Veranstaltungen und Gruppenpraktika bei engagierten Anwältinnen, beobachtet Demonstrationen und tritt für mehr Solidarität im Juraalltag ein.



Wir treffen uns im SoSe 2022 donnerstags 18 Uhr Raum 326, BE 2



monatliches get-together von und für trans*, inter* und nicht-binäre personen an berliner hochschulen

Unitin* entstand im Wintersemester 2020/21, mitten in der Covid-19 Pandemie. In der Zeit des Homestudying & -office wollen wir für trans*, inter* & nicht-binäre Personen an Berliner Hochschulen einen Raum schaffen, in dem wir uns austauschen und gemeinsam diese Zeit des "Social Distancing" überstehen können. Außerdem sind wir immer wieder in der Hochschulpolitik aktiv, um die Situation von TIN*Personen zu verbessern. Ein paar Studierende haben diese Gruppe gegründet. Der Space soll aber nicht nur für Studierende sein. Falls du Lust hast, zu einem Treffen zu kommen, dir aber nicht sicher bist, ob Unitin* etwas für dich ist, zögere bitte nicht, uns zu schreiben



Wir freuen uns jederzeit über neue Gesichter!











DISKUS - STUDENT_INNENZEITSCHRIFT

diskus.copyriot.com



Für eine konsequente Kritik & wider den reaktionären Schwachsinn.

Studentische Zeitschrift



nc-uhh.de







IMPRESSUM

HUch #94

Juli 2022, Berlin

Auflage

1.500 Exemplare

PDF zum Download über: www.refrat.de/huch

Herausgeber_in

Elio Nora Hillermann für den ReferentInnenrat der Humboldt-Universität zu Berlin (ges. AStA)

Redaktion

Tilman Bärwolff Tea Collot Elio Nora Hillermann Kofi Shakur Ronja Arndt (V.i.S.d.P.)

Alle Beiträge stehen, soweit nicht anders angegeben, unter Creative Commons License.

Verwendung und Bearbeitung unter folgenden Bedingungen:

- · Angabe der Autorin oder des Autors
- · Nichtkommerzielle Verwendung
- · Weiterverwendung unter den gleichen Bedingungen

Die einzelnen Artikel geben im Zweifelsfall nicht die Meinung der Redaktion und/oder des gesamten RefRats wieder. Für die Selbstdarstellungen studentischer Initiativen sind weder die Redaktion noch der RefRat verantwortlich.

Anschrift

HUch — Zeitung der Studentischen Selbstverwaltung Unter den Linden 6 10099 Berlin

publikation@refrat.hu-berlin.de www.refrat.de/huch

Abbildung Umschlag

Stoppt den Krieg!, Februar 2022 Foto: © Bernd Sauer-Diete Umbruch-Bildarchiv www.umbruch-bildarchiv.org

Zeichnungen Innenteil

© Felix Deiters, Weimar/Wien, 2021/22

Satz und Gestaltung

Schroeter & Berger, Berlin www.schroeterundberger.de

Druck und Endfertigung

Hinkelstein-Druck sozialistische GmbH www.hinkelstein-druck.de

Die *HUch* könnt ihr ganz einfach abonnieren, indem ihr uns eine Email mit dem Betreff 'Abowunsch' sowie der von euch gewünschten Postanschrift schickt.

Ihr bekommt dann jede neue *HUch* kostenfrei zugesendet. huch@refrat.hu-berlin.de

MITARBEIT BEI DER HUCH

Als Zeitung der studentischen Selbstverwaltung versucht die *HUch* einen Raum zu schaffen, in dem selbstbestimmt, diskussionsfreudig und meinungsstark zu hochschulpolitischen und gesellschaftlichen Fragen gearbeitet werden kann. Außerdem soll sie ein Ort sein, an dem Student_innen journalistische Erfahrung sammeln und sich im Verfassen von Texten sowie in redaktionellen Tätigkeiten ohne professionellen Leistungsdruck üben können.

Wenn ihr Interesse daran habt, einen Text oder auch Bilder in der HUch zu veröffentlichen, meldet euch gerne bei uns! Die HUch erscheint im Print zweimal im Jahr und wir veröffentlichen normalerweise im Vorhinein einen Call for Papers, in dem auch der Themenschwerpunkt bekannt gegeben wird. Artikel können aber auch unabhängig davon vorgeschlagen oder eingereicht werden, wir sprechen dann gerne individuell mögliche Formate für die Veröffentlichung mit euch ab. Wenn ihr Interesse an einer Mitarbeit in der Redaktion habt, könnt ihr uns das gerne auch wissen lassen. Allerdings ist zur Zeit wegen des Arbeitsaufwands der Einarbeitung unser Vorgehen so, dass wir alle Personen vor Aufnahme in die Redaktion darum bitten, zunächst einen Artikel bei uns einzureichen. So lernen wir uns erst einmal kennen und können dann weitere Schritte der Zusammenarbeit besprechen. Für Artikel, Textideen, Bilder oder sonstige Fragen rund ums Thema Mitarbeit, schreibt uns gerne eine Email oder kontaktiert uns über Social Media.

FINDET UNS AUF TWITTER UND INSTAGRAM
...
@HUCHZEITSCHRIFT

FACEBOOK
...
HUCH
KRITISCHE STUDIERENDENZEITSCHRIFT

